Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Bochum" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

Verlag und Druck: Hugo Mensch & Buchholz, Herne, Bahnhofstr. 11.

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: für den redaktionellen Teil: H. Ingmanns, für den Anzeigenteil: J. Röttches, Herne. Der aus die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg. Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 226 — Freitag, den 27. September 1918.

Deutschland und der Völkerbund.

In einem sind die kriegführenden Mächte völlig miteinander einig: in der Ueberzeugung und dem Wunsch, daß der Friede ein Dauerfriede und nicht nur ein Waffenstillstand zum Atemholen sein soll. Man darf danach wohl sagen, daß sie in der wichtigsten Frage, in dem wichtigsten Kriegsziel untereinander einig sind, wenn die Entente auch den Dauerfrieden erst nach Wehrlosmachung Deutschlands erreichen zu können glaubt. Dieser Wunsch nach dauerhafter Festlegung der Verhältnisse ist ja auch der Sinn des Strebens nach einem Völkerbund, der auf Recht und Gerechtigkeit gegründet und Streitigkeiten durch Schiedsspruch zu enden in der Lage sein soll. Freilich über die Einzelheiten der Durchführung wie der Methoden einer solchen weltpolitischen Einrichtung zum Schutze des Weltfriedens ist man sich diesseits und jenseits der Schützengräben noch keineswegs einig. Solange man in Feindesland hysterische Wutausbrüche, losläßt wir Clemenceau, jede Friedensdiskussion als aussichtslos abtut wie Balfour, auf unannehmbare frühere Leitsätze ohne Verhandlung und als Vorbedingung hinweist wie Wilson, ist natürlich der Boden für Schiedsspruch und Völkerbund schlecht bereitet. Begreiflich ist daher, daß die führenden Staatsmänner der Entente neuerdings sehr schweigsam in dem Thema Völkerbund geworden sind, das so gar nicht zu ihrer Knockout-Politik paßt. Denn wie kann man einen Dauerfrieden herbeiführen, wenn man schon vor den ersten Besprechungen über die Möglichkeiten der Beendigung des Krieges zurückschreckt?

Kann also das Gerede der Entente-Staatsmänner in dieser Hinsicht zunächst gar nicht ernst genommen werden, so darf anderseits daran erinnert werden, daß Deutschland schon mehrfach seine Bereitschaft erklärt hat, einem Völkerbunde beizutreten, der die Absicht verfolgt, Friedensstörer im Zaum zu halten. Daran muß heute angeknüpft werden. Die Welt will die Herstellung eines wirklichen Friedens, dessen wichtigste Begleiterscheinung der Völkerbundgedanke ist, und Deutschland ist es, daß diesen Gedanken nicht als inhaltlose Phrase ausgesprochen hat, wie die Feinde, die von einer Liga der Nationen auch ohne Deutschland und Oesterreich sprechen, ändern Deutschland hält den Gedanken eines Völkerbundes für unvereinbar mit dem grundsätzlichen Ausschluß oder der grundsätzlichen Versklavung irgend eines Kulturvolkes. Denn eines ist ohne weiteres klar: ein Völkerfriedensbund kann nur in friedlicher oder versöhnlicher Atmosphäre gedeihen. Haß und hochmütige Ablehnung jeder Aussprache oder Annäherung müssen die Worte vom Dauerfrieden und von der Liga der Nationen zu heuchlerischen Phrasen stempeln.

Wo ist man seit langem trotz glänzender militärischer Aussichten zum Frieden bereit — wo anders als im Vierbund? Wo aber weist man mit Hohn und Spott und wahnsinniger Wut jeden Friedensgedanken vor der Zerschmetterung des Feindes ab — wo anders als bei den für alle Vernunftgründe blinden Revanchepolitikern Frankreichs, den weltbeherrschergierigen Imperialisten Englands und dem salbungsvoll entrüsteten Gefolgsleuten Wilsons? Wenn es also wahr ist, daß zu einem Dauerfrieden friedliche Gesinnung und zu einem Völkerbund Verständigungswille der Völker nötig ist, so ist es klar, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn die wahren Vertreter des Völkerbundgedankens sind, und daß die Ententegenossen erst eine solche Eignung noch durch völlige Sinnesänderung beweisen müßten.

Denn wenn, wie es bei der jetzigen Ablehnung der Burian-Note wieder mit erschreckender Deutlichkeit zutage trat, die Riesenente ganz abhängig ist von dem Willen des einen skrupellosen Weltbeherrschers Woodrow Wilson, wie kann da auf ein Schiedsspruch gegründeter Völkerbund als Friedensinstrument möglich sein? Eine kriegerische Anwandlung des Weltdiktators würde alle Gerechtigkeit und Einsicht, alle Ehrlichkeit und Sittlichkeit über den Haufen werfen. Das „Basler Tageblatt" hat dies klar und deutlich hervorgehoben, als es die amerikanische Ablehnung der Burian-Note dahin deutete, daß Wilson kein anderes Ziel habe, als zwei europäische Völker zu vernichten.

Zwei europäische Völker? Mehr, viel mehr: Ganz Europa will der amerikanische Weltbeherrscher vernichten, auf daß Amerika leichteres Leben habe: die neue Welt will das Erbe der alten antreten, und England und Frankreich leisten dabei Henkersdienste, bei denen sie sich selbst um Kopf und Kragen bringen! So kann kein Völkerbund entstehen, wenn er ein Hort des Friedens sein soll. Der Völkerbund muß vielmehr aus Europa kommen, muß von den friedensbereiten Mächten ausgehen und die neutralen sich angliedern, damit ganz Europa zum Frieden und damit zur Selbsterhaltung gezwungen wird. Als Gleicher unter Gleichen will Deutschland an ihm teilnehmen. Es erkennt die Aufgaben der nächsten Zukunft der Menschheit klarer als Frankreich, dem die keineswegs deutschfreundliche „Basler Nationalzeitung" sadistische Rachgier ins Gesicht gesagt hat, und auch besser als England, dem in demselben neutralen Blatt Profit- und Machtgier über die ganze Erde als Beweggrund seiner Politik beschrieben wird.

Geht der Völkerbundgedanke aber ernstlich den Weg seiner Erfüllung, so muß, da sein Zweck unbestritten weltfriedlich sein soll, als erste weitere Frage die Frage nach dem Beteiligungs- und Stimmrecht der Völker entschieden werden. Man kann natürlich hier die Grenzen nicht nach Gutdünken oder selbst nicht nach ethnologischen oder zivilisatorischen Gesichtspunkten ziehen, sondern muß sie staats- und völkerrechtlich feststellen. Bestimmte Leitsätze staatsrechtlicher Art werden dafür gefunden werden müssen und gewiß nicht allzu schwer zu finden sein, ob ein hinreichendes Maß der Staatenbildung vorhanden ist, um die betreffende Nation als solche völkerbundfähig zu machen. Dann kommt dann die weitere Frage, wie weit das Selbstbestimmungsrecht im staatlichen Werden begriffener oder unterdrückter Nationen zu beanstanden sei. Es unterliegt für die juristische Logik keinem Zweifel, daß beispielsweise die russischen Randstaaten, die ein gewisses Maß der Staatlichkeit bereits aufzuweisen haben und mit deren Loslösung von Rußland sich die zur maßgebenden Zeit in der Macht befindliche russische Regierung einverstanden erklärt hat, selbständig völkerbundfähig sind. Daran kann keine Anerkennung oder Nichtanerkennung von seiten der Ententestaaten etwas ändern. Anders liegt es mit „unbefreiten" Nationen. Will die Entente von einer Selbständigkeit der Tschechen und Slowaken, der Armenier und Araber gesprochen wissen, so wäre dem gegenüber mit eben solchem oder besserem Recht die Anerkennung der Selbständigkeit der Iren, Inder, Aegypter und Buren zu fordern. Für die Kolonialstaaten aber, deren Souveränität beschränkt ist, kann zunächst eine eigene Völkerbundfähigkeit nicht verlangt werden, was also auch für Kanada, Australien und andere Länder gilt, die sich im britischen Staatsverbande wohl und zu ihm gehörig fühlen.

Es gilt jetzt Positives zu schaffen. Die Nation, die gegenüber jedem aufbauenden Friedensgedanken von seiten der Ententestaatsmänner neuerdings laut geworden ist, zwingt und berechtigt die friedensfreundlichen Vierbundmächte, mit der ihnen eigenen ruhigen Ueberlegung und weltversöhnlichen Gesinnung den Gedanken des Völkerbundes so zu fördern, daß er allmählich greifbare Gestalt gewinnt.

Französisch-amerikanischer Durchbruch vereitelt.

Neue feindliche Angriffe in der Champagne, zwischen den Argonnen und der Maas.

WTB Großes Hauptquartier, 26. Sept. 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Vorfeldkämpfe in der Lys-Niederung, nördlich vom La Bassee—Kanal und bei Moeuvres.

Heeresgruppe Boehn.

Heftigem Feuer des Feindes südöstlich von Epehy und bei Bellicourt folgten nur Teilvorstöße, die abgewiesen wurden. Zwischen Omignon-Bach und der Somme setzte der Feind seine Angriffe fort. Der erste Ansturm brach in dem zusammengefaßten Feuer unserer Artillerie und Infanterie zusammen. Das Schwergewicht der am Vormittag mehrfach wiederholten Angriffe richtete sich gegen die Höhe zwischen Pontruet und Gricourt. Vorübergehend faßte der Feind auf ihr Fuß. Im Gegenstoß nahmen wir sie wieder. Am Nachmittag setzte der Franzose zwischen Francilly und der Somme erneut zu starken Angriffen an, die bis auf kleine Einbruchsstellen abgewiesen wurden. Wir machten hier in den beiden letzten Tagen mehr als 200 Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei einer örtlichen Angriffsunternehmung nördlich von Allemant (zwischen Ailette und Aisne) machten wir Gefangene. Nördlich von Bailly schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Oestlich der Mosel wurde ein Teilangriff des Feindes abgewiesen. Die dort kämpfenden Truppen der 31. Landwehr-Brigade nahmen im Gegenstoß 50 Franzosen und Amerikaner gefangen.

Aus feindlichen Geschwadern, die Frankfurt a. M. und Kaiserslautern angriffen, wurden 7 Flugzeuge abgeschossen.

Abendbericht.

WTB Berlin, 26. Sept., abends. (Amtlich.)

In der Champagne und zwischen den Argonnen und der Maas haben auf breiter Front französisch-amerikanische Angriffe nach elfstündiger Feuervorbereitung begonnen. Der Durchbruch des Feindes ist vereitelt. Der Kampf um unsere Stellungen dauert an.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



Gesinnungen sind wohlfeil —
Worte erschüttern nur die Luft;
Erst die Tat zeigt den Wert!
Deine Tat sei die „Meunte"!

26000 Tonnen.

WTB Berlin, 26. Sept. Amtlich. Im Sperrgebiet um England und im Atlantik versenkten unsere U-Boote 26 000 Br.-R.-T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die U-Boot-Arbeit an Amerikas Küsten.

WTB Berlin, 26. Sept. Allen amerikanischen Beruhigungsmeldungen zum Trotz macht sich die gesteigerte Tätigkeit deutscher U-Boote an der amerikanischen Küste doch recht deutlich bemerkbar. Die Versicherungsprämien sind gewaltig in die Höhe gegangen. Welchen Einfluß dies auf die Kosten der Versorgung der europäischen Ententeländer hat ist ohne weiteres klar. Wie groß die Steigerung der Versicherungsraten ist, geht aus einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 12. September hervor, wonach infolge der U-Bootgefahr an der amerikanischen Küste und der dadurch bedingten Steigerung der Versicherungsprämien der kontinuierliche westindische Maildienst seine Frachtraum um hundert Prozent erhöhte. Diese Schiffahrtslinie unterhielt im Frieden einen regelmäßigen Dienst von Amsterdam über Suriman und die Antillen nach Neuyork; zurzeit ist nur die Strecke Paramaribo-Neuyork in Betrieb.

Die deutschen Kriegsminister zur neunten Kriegsanleihe.

Wir haben trotz mancher Mühen und Sorgen viel Glück gehabt und sind dadurch verwöhnt. Jetzt heißt es, der Gefahr ruhigen Blicks entgegen zu treten. Da dürfen wir weder mutlos noch gleichgültig sein oder murrend bei Seite stehen. Nichts ist so groß und wichtig, das jetzt nicht zurückstehen muß vor der einen Aufgabe, alles an die Erhaltung des Vaterlandes zu setzen. Dazu gehört der Wille und die Geschlossenheit des ganzen Volkes. Wer jetzt nur an sich denkt, ist nicht besser als ein Verräter. —

Die 9. Kriegsanleihe wirbt um die Mittel zur ehrenvollen Durchführung des Krieges. Wir alle wollen willige Geber sein. Aber hinter der Gabe müssen ungebrochen der Mut und der Glaube stehen. Mit ihnen sind wir eingetreten in den Krieg: mit ihnen wollen wir ihn zu gutem Ende führen.

v. Stein,
General der Artillerie und Kgl. Preußischer Kriegsminister.

*

Von der Front der deutschen Kampftruppen müssen die anstürmenden Gegner hoffnungslos innehalten. Aber sie werden erst völlig verzweifeln, wenn durch den Sturm der deutschen Waffen der Blitz des deutschen Gottes zuckt.

v. Hellingrath,
Generalleutnant und Kgl. Bayerischer Kriegsminister.

*

Siegeswille und Siegeszuversicht, wie erschüttert durch die unvermeidlichen Wechselfälle des Krieges, sind die Quellen der gewaltigen Erfolge unseres ruhmreichen Heeres in vierjährigem Ringen für Haus und Herd.

Siegeswillen und Siegeszuversicht auch in der Heimat hochzuhalten, zusammenzufassen die ganze Kraft, auszuschalten aber alles, was trennt und lähmt, das ist das ernste Gebot der Stunde. Scheitern muß der Vernichtungswille unserer Feinde, scheitern an der Geschlossenheit, Tatkraft und Opferfreudigkeit von Heer und Heimat.

Jetzt und immerdar: Alles für das Vaterland.

v. Marchtaler,
Generalobertzt und Kgl. Württ. Kriegsminister.

*

Noch immer gilt, daß der Deutsche nur durch sich selbst besiegt werden kann. Drum aufgeschlossen die Reihen zu einigem, kraftvollem Widerstande wie im Felde, so auch in der Heimat! Der Endsieg ist uns gewiß.

v. Wilsdorf,
Kgl. Sächs. General der Infanterie, Staats- und Kriegsminister.

Der Kaiser in Kiel.

WTB Kiel, 25. Sept. Der Kaiser ist gestern vormittag 9 Uhr mit dem Hofzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen. Nach der Begrüßung begab er sich mit dem Gefolge auf dem Wasserwege zur Torpedowerkstätte. Mittags 12 Uhr 30 Min. begab sich der Kaiser nach dem Exerzierplatz in der Wiek, wo Abordnungen aller Truppenteile der Garnison Aufstellung genommen hatten. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Kaiser die Front ab, um dann in einer Ansprache daran zu erinnern, wie er in früheren Jahren oftmals hier in Kiel geweilt und bei zahlreichen Vereidigungen Gelegenheit gehabt habe, die jungen Mannschaften an ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu erinnern. Coronel und Skagerak sowie die tapfern Vorstöße unsrer Torpedoboote gegen die feindlichen Küsten hätten bewiesen, welcher Geist in der Flotte herrscht. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unsrer Armee gleichwertig. Der Kaiser überbrachte die Grüße der an der Westfront kämpfenden Kameraden und forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Bootkrieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen und ermöglicht werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen. Der Stationschef, Admiral Bachmann, dankte hierauf dem Kaiser und gelobte im Namen der ihm unterstellten Truppenteile, alles daran zu setzen, um die Pflicht gegen Kaiser und Reich voll zu erfüllen, und schloß mit einem dreifachen Hurra auf den obersten Kriegsherrn. Nachdem der Kaiser dem Abrücken der Truppenteile beigewohnt hatte, erfolgte die Abfahrt nach dem Königlichen Schloß zur Frühstückstafel.

Der Nachmittag war Besichtigungen auf der Kaiserlichen Werft gewidmet, wobei Oberwerftdirektor, Admiral v. Henkel-Gebhardt, die Führung übernommen hatte. Auch hier wandte sich Seine Majestät mehrfach an Arbeiter und Arbeiterinnen zu eingehendem Gespräch. Die dem Kaiser überall entgegengebrachte Verehrung kam wiederholt in stürmischen, begeisterten Zurufen seitens der Werftangehörigen zum Ausdruck. Einer Anzahl von Angestellten und Arbeitern wurden Auszeichnungen verliehen. Die Besichtigung der Torpedowerkstätte in Friedrichsort durch den Kaiser erfolgte nach einem Sonderprogramm unter Führung des Konteradmirals Hering. In allen Abteilungen wurde der Kaiser von den Werftangehörigen aufs freundlichste begrüßt. Seine Majestät sprach mehrfach Beamte, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen an, erkundigte sich eingehend nach ihren persönlichen Verhältnissen und verteilte eine Anzahl Orden und Ehrenauszeichnungen. Auf dem Rückwege von der Torpedowerkstatt zur Dampferbrücke bildeten Truppen der Garnison Spalier. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich hier eingefunden, um den Kaiser, der über den ihm zuteil gewordenen herzlichen Empfang sichtlich erfreut war, zu begrüßen. Von Friedrichsort ging die Fahrt nach der Wiek. Es folgten dort Vorführungen auf S. M. S. „Pelikan".

Mobilmachung ist Kriegserklärung.

Der Reichskanzler hat im Hauptausschuß bei einem Rückblick auf die Entstehung des Weltkrieges noch einmal die bekannte Tatsache unterstrichen, daß, während Kaiser Wilhelm bis zum letzten Augenblick bemüht war, den Frieden aufrecht zu erhalten, die russische Militärpartei gegen den Willen des schwachen Zaren die Mobilmachung durchgesetzt und damit den Krieg unvermeidlich gemacht hat. In dem gegen uns geführten Verleumdungsfeldzug haben unsre Feinde den sachlichen und logischen Zusammenhang zwischen der russischen Mobilmachung und der deutschen Kriegserklärung hartnäckig zu leugnen versucht und uns ein Verbrechen daraus gemacht, daß wir der russischen Maßnahme in so entscheidender Weise entgegentraten; wir hätten, so hieß es, die Nachricht von der Mobilmachung in Rußland als willkommenen „Vorwand" für unsre „ruchlose" Kriegserklärung benutzt.

Es trifft sich gut, daß jetzt die Verhändler selber — natürlich ohne es zu wollen — einen sachverständigen Zeugen dafür stellen, wie notgedrungen eine Mobilmachung die Kriegserklärung der Gegenpartei zur Folge hat, wie zwangsläufig beides miteinander verkettet ist. Der Zeuge ist der französische General de Boisdeffre. In dem vor einigen Tagen veröffentlichten französischen Gelbbuch über das französisch-russische Bündnis findet sich ein Abschnitt, worin dieser General, der zur Verhandlung über ein französisch-russisches Militärabkommen 1892 nach Petersburg geschickt wurde, ausführlich über eine Unterhaltung berichtet, die er in dieser Angelegenheit am 17. August mit dem Zaren Alexander III. hatte. Die Stelle, die für unsern Zweck hier in Betracht kommt, lautet:

„Der Kaiser sprach mit mir weiter über die Mobilmachung, von der Artikel 2 (des Vertragsentwurfs) handelt. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß die Mobilmachung die Kriegserklärung sei. Mobilisieren heiße, seinen Nachbar verpflichten, dasselbe zu tun: die Mobilmachung bewirke (auf der Gegenseite) strategische Transporte und Truppenzusammenziehungen. Eine Million Männer an seiner Grenze mobilmachen lassen, ohne gleichzeitig dasselbe zu tun, hieße, sich jede Möglichkeit der Bewegung untersägen und sich in die Lage jemandes versetzen, der, obwohl er selber eine Pistole in der Tasche hat, sich die geladene Pistole seines Nachbars an die Stirn setzen läßt, ohne die eigene auf ihn abzuschießen. „Das ist ganz meine Auffassung," antwortete mir der Kaiser."

Hier hat also Boisdeffre lange im voraus die Tragweite einer russischen Mobilisierung richtig eingeschätzt und in einem anschaulichen Vergleich verdeutlicht. Wenn demnächst wieder einmal das alberne Gerede von der deutschen Urheberschaft am Kriege sich vernehmbar machen sollte, so wird man sich alle Worte der Entgegnung ersparen und auf dieses 26 Jahre alte Zeugnis des französischen Generals verweisen können.

Nach den Regierungserklärungen.

Die erste Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags hat an die Zeitungen gestellt. Nicht weniger als 5 lange Regierungserklärungen mußten sie ihren Lesern auftischen und man fragt sich, wenn man sich endlich durchgelesen hat, doch etwas erstaunt, ob ein bischen weniger in diesem Falle nicht etwas mehr gewesen wäre. All zu freundlich werden die langen Ausführungen der fünf Regierungsherren von der Presse ja auch nicht aufgenommen, und je weiter man nach links kommt, um so herber wird die Kritik, die an der Regierung und ihren Wortführern geübt wird.

Im Vordergrund der Erörterungen steht natürlich die Kanzlerrede, die im Ausschuß selbst von den bürgerlichen Parteien ruhig und achtungsvoll angehört wurde, bei den Sozialdemokraten indes mehrfach Widerspruch ausgelöst hat. Ihre Beurteilung in der Presse entspricht im Großen und Ganzen dieser ersten Aufnahme, wenn sich auch die Unzufriedenheit oder besser das Unbefriedigtsein mit ihr nicht allein auf die sozialdemokratischen Blätter beschränkte. Auf der Linken erregte es Unwillen, daß der Reichskanzler sich nicht mit einem Wort mit den Dingen beschäftigt hat, die seit einigen Wochen in der links gerichteten Presse täglich zur Diskussion standen. Die Versicherung des Grafen Hertling, daß mit dem Volke und für das Volk regiert werde, wird als zu dürftig angesehen, um daran überhaupt Erörterungen anzuknüpfen und was sonst in der Rede des Kanzlers und den langen Ausführungen der übrigen Herren der Regierung enthalten ist, dünkt diesen Blättern nicht einmal der Form nach sonderlich neu.

Der Umstand, daß Graf Hertling sich mit den von den Sozialdemokraten für ihren Eintritt in die Regierung aufgestellten Bedingungen garnicht befaßt hat, könnte auf den ersten Blick hin auch überraschen; das Schweigen des Kanzlers wird indes erklärlich, wenn man bedenkt, daß ihm von diesen programmatischen Forderungen bislang weder von der sozialdemokratischen Fraktion, selbst noch auch von den Mehrheitsparteien die selbst durch die Aufstellung der formulierten sozialdemokratischen Bedingungen überrascht worden sind, Kenntnis gegeben worden war. Bevor die Parteien nicht selbst zu den Bedingungen der Sozialdemokraten Stellung genommen haben, bevor insbesondere nicht ersichtlich ist, welche Auswirkung die Stellungnahme der Sozialdemokraten auf die künftige Parteigruppierung im Reichstag haben wird, lag es für den verantwortlichen leitenden Staatsmann nahe, sich einer Stellungnahme zu den sozialdemokratischen Bedingungen zu enthalten, zumal es verfassungsgemäß doch immer noch der Kaiser ist, der die Berufung und Entlassung der Staatsmänner im Reiche bestimmt.

Um die Feststellung kommen aber auch die schärfsten Kritiker des Kanzlers und seiner Rede nicht umhin, daß nach dem jetzigen Stand der Dinge eine akute „Kanzlerkrisis jedenfalls nicht vorhanden ist. Die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz" glaubt die augenblickliche innerpolitische Lage dahin skizzieren zu können, daß sie festsitzt: „Die Hertlingkrise ist aufgeschoben. In wenigen Wochen wird man weiter sehen. Im Oktober muß Hertling das gleiche Wahlrecht in Preußen durchsetzen oder auflösen oder fallen. Zugleich wird der diesjährige Feldzug abgeschlossen und eine bessere Uebersicht über die militärische Gesamtlage möglich. In wenigen Wochen werden deshalb die Fragen neu zur Entscheidung stehen, zu deren Bewältigung das Zentrum anscheinend im Augenblick den Mut noch nicht gefunden hat. Das Zentrum wird sich „in wenigen Wochen" natürlich genau so wie jetzt von rein sachlichen Erwägungen bestimmen lassen: die von der Sozialdemokratie dem Zentrum gemachte Zumutung, den aus seinen Reihen hervorgegangenen Reichskanzler zu stürzen, ist indes nicht ohne Reiz bei Beleuchtung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie gerade das parlamentarische Regime herbeiführen wollen.

Die große Aussprache im Reichstags-Hauptausschuß.

Erklärung des Reichskanzlers zur Behandlung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes.

WTB Berlin, 26. Sept. Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Besprechung über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen ist heute nicht mehr so groß wie an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Hauptausschuß angehörigen Abgeordneten bereits wieder abgereist ist. Anwesend sind der Reichskanzler, der Vizekanzler, verschiedene Staatssekretäre und Minister.

Alsbald nach Eintritt in die Tagesordnung ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgender

Erklärung:

Meine Herren! Die Beschwerden, die gestern von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts geltend gemacht wurden, müssen von mir zu einem erheblichen Umfange als begründet anerkannt werden. (Hört! Hört!) Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote ergangen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf, und zwar weder von Freunden noch von Gegnern der Vorlage, so ist dies **ein nicht haltbarer Zustand**, der übrigens inzwischen schon **durch Erlaß des Militär-Oberbefehlshabers beseitigt ist.** Nach Lage der Gesetzgebung und der zu deren Ausführung ergangenen Verordnungen sind der Reichskanzler und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten zur Zeit nur in der Lage, durch Vorstellungen und Darlegungen ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die zur Entscheidung allein befugten militärischen Stellen auszuüben. Es ist von dem Herrn Abg. Fischbeck anerkannt worden, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechtigte Klagen über unzulässige Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts nicht erhoben werden können, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Zusammentritt des Hauptausschusses Klagen, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß, vorgetragen werden.

An den materiellen Befugnissen, welche das Belagerungszustandsgesetz der vollziehenden Gewalt überträgt, kann nach meiner Ueberzeugung in Deutschland ebensowenig gerüttelt werden, wie dies in den übrigen kriegführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Staaten auf Grund älterer oder für den Kriegsfall besonders erlassener Gesetze geschieht. — Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmachten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übertragen werden müssen. Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmachten auf dem Gebiete der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts **wesentliche Aenderungen** eintreten müssen. Wir sind in Erwägung der verschiedenen Wege eingetreten, die zu diesem Ziele führen können. An sich scheinen wohl als die nächstliegenden folgende Eingriffe in die Kommandogewalt, durch die die Zuständigkeit der Militär-

befehlshaber entsprechend eingeschränkt wird. Aenderung der weitgehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Instanzen seither allein zugewiesenen Aufgaben je nach ihrem Charakter zwischen diesen und den in Friedenszeiten berufenen bürgerlichen Behörden geteilt werden oder endlich Einfügung ausreichender bürgerlicher Elemente in die letztlich zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen.

Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage heute anzugeben, welcher der hier angedeuteten einschlagenden Wege am sichersten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, meine Herren, daß bis zu Ihrem nächsten Zusammentritt im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Aenderung in die Wege geleitet sein wird, und daß uns und dem Volke Erörterungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft so vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. (Beifall.)

Meine Herren! Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde, mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß diese berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, meine Herren, bitte ich auch Sie, nunmehr alles Trennende zurückzustellen und das Einigende voranzustellen. Wie ich schon vorgestern sagte: Wir haben doch alle nur das eine Ziel, das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seiner Unabhängigkeit und seiner Entwicklungsfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einheitlich zusammenstehen; dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp: Ich gebe dem Kanzler, dessen Appell ich gerne zu folgen bereit bin, darin recht, daß die Verstimmung und der Kleinmut sich weit über das berechtigte Maß hinaus geltend machen, soweit die militärische und politische Lage in Frage kommen. Wenn die Gewerkschaften in ihrer Eingabe die Regierung für die Ernährungsmißstände verantwortlich machen, so verschweigen sie, daß die Zwangswirtschaft nach dem Diktat der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie geführt wird. Von der gegenwärtigen Kommissionssitzung, wo gutes Material die Regierungsreden an sich lieferten, kann ein guter Erfolg nicht erwartet werden. Meine Freunde lehnen die Verantwortung für die Sitzung und ihre Folgen ab. Schädlich ist sie besonders deshalb, weil sie von vornherein durch die Presse und nunmehr durch den veröffentlichten Fraktionsbeschluß der Sozialdemokraten unter dem Zeichen der Regierungskrisis gestellt ist. Der Zweck dieses Vorgehens ist Demokratisierung und Parlamentarisierung. Diese Dinge werden von unseren Feinden gewollt und betrieben, die sich davon eine Schwächung unserer Kraft zu Kampf und Sieg und ferner eine Politik versprechen, die zu einem dem Feinde genehmen Deutschlands Zukunft vernichtenden Frieden führt. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß jeder Fortschritt auf dem Wege zur Demokratisierung und jedes Streben danach nur kriegsverlängernd wirkt. Im Anschluß an die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie in ihrem Fraktionsbeschluß sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt, werfe ich die Frage auf, was die Sozialdemokratie zu diesem Eintritt aufforderte, so daß sie ein Recht zu haben glaubt, Bedingungen zu stellen. Der Kernpunkt der sozialdemokratischen Forderung ist die Parlamentarisierung. Ihr soll die Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung dienen. Im November 1917 lehnte Hertling diese Forderung ab; nicht um eine bessere Auswahl der Minister, sondern um eine Machtverschiebung handelt es sich. Die Verbündeten Regierungen haben meiner Ansicht nach die Pflicht, diese Beseitigung der Grundlagen unserer Verfassung zu verhindern. Als Minister des Kaisers, der die Politik unter eigener Verantwortung zu führen hat, ist der Kanzler so berechtigt wie verpflichtet, in diesem Kriege mit den Heerführern enge Fühlung zu halten und sich nicht allein nach den Vorschriften des Reichstages zu richten. Auch der Ansturm gegen den Kriegsminister ist nicht begründet. Der angefochtene Erlaß richtet sich nicht gegen die Friedensresolution, sondern gegen die Tätigkeit gewisser Gesellschaften, die unter dem Deckmantel des Eintretens für die Friedensresolution eine internationale, pazifistische Propaganda betreiben. Wir widerstreben der Parlamentsherrschaft, weil man in weiten Kreisen nicht ohne Grund diese Besorgnis hat, daß die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses uns schließlich zu einem Frieden um jeden Preis bringen muß. Der Vizekanzler warnte mit treffenden Worten davor, daß wir uns durch die Drohung, die Feinde würden sonst nicht mit uns an einem Verhandlungstisch sitzen, nicht aus einer Position in eine andere drängen lassen dürfen, um schließlich nicht mit ebenso leeren Taschen zur Endabrechnung zu kommen, wie sie mit vollen. Damit ist die Politik der schiefen Ebene gut gekennzeichnet, worauf wir leider im Begriffe sind, Schritt für Schritt vorwärts zu gehen. Die Burian-Note war aus diesem Grunde bedenklich. Der Vizekanzler vermied aber in Stuttgart ebenfalls nicht, diese Ebene zu betreten, als er mit dem neuen Friedensangebot unter Verzicht auf die Sicherungen in Belgien und auf jede Kriegsentschädigung weiter ging, als es der Reichskanzler bisher tat. In bezug auf Belgien zeigen die Erfahrungen der letzten Zeit, daß kein Verzicht auf Belgien oder einer Kriegsentschädigung uns den Frieden auch nur einen Schritt näher bringt, daß vielmehr jeder Verzicht nur kriegsverlängernd wirkt. Wir alle sind einig in der Ablehnung der Bedingungen, an denen unsere Feinde noch festhalten, und entschlossen, bis zum siegreichen Ende zu kämpfen.

Abg. Frhr. v. Gamp äußert sich über die Parlamentarisierung und fragt, wie sich die Regierung dazu stelle. Mit der Rede des Vizekanzlers, namentlich über die Ostfragen, erklärt er sich einverstanden. Die Randstaaten sollen nicht in schwache Hände geraten, erst recht nicht in die Hände der Entente fallen. Elsaß-Lothringen als selbständigen Staat zu schaffen, hat Schwierigkeiten und Bedenken. Die Schaffung eines Völkerbundes ist sehr schwer im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer unparteiischen und sachverständigen Besetzung. Die Aussichten für das Zustandekommen der preußischen Wahlreform besserten sich nach meinem Wissen.

Der Geheimerlaß des Kriegsministers.

bb **Berlin**, 26. Sept. (Privattelegr.) Die Stellung des Kriegsministers von Stein gilt, wie der „B. Z. am Mittag" aus Reichstagskreisen geschrieben wird, wegen des von ihm am 8. Juli d. J. herausgegebenen Geheimerlasses, der gestern im Ausschuß verlesen wurde, als schwer erschüttert. Der Wortlaut des Erlasses lautet nach der „B. Z. am Mittag" wie folgt: Die Zentralstellen „Völkerrecht" und die „Deutsche Friedensgesellschaft entwickeln wieder große Propaganda-Tätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet ist, sollen freie Bürgerausschüsse gegründet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, zu denen die Oeffentlichkeit eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gestattet werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk?" Ebenso ist für die zur Annahme zu bringende Resolution gleichlautender Text herauszugeben. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themen-Angabe die Vermittelung ihres Sekretariats an. Die vorgeschilderte Bewegung ist eine neuerliche, durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. Nov. 1915 Nr. 3740. 15 g. A. 1. ersuche ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern. gez.: v. Stein.

Der Erlaß ist an sämtliche Minister des Innern der einzelnen deutschen Bundesstaaten gerichtet. Die Minister des Innern müssen auf Grund des bestehenden Gesetzes über den Belagerungszustand den Anordnungen des obersten Militärbefehlshabers Folge leisten.

Zur innerpolitischen Lage.

∞ **Berlin**, 26. Sept. 1918. (Privattelegr.)

Eine restlose Klärung der innerpolitischen Lage ist auch am Donnerstag abend noch nicht zu verzeichnen, wenngleich festgestellt werden kann, daß sich die erhitzten Gemüter wesentlich beruhigt haben. Dies ist nicht zuletzt der den Forderungen der Mehrheitsparteien weit entgegenkommenden Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung des Hauptausschusses zuzuschreiben. (Vergl. den Bericht darüber an anderer Stelle. D. Red.) Belanglich hatte der Zentrumsführer Abg. Gröber gerade an den Verhältnissen auf dem Gebiete des Belagerungszustandes ernste Kritik geübt, eine Kritik, die ganz sachlich, wenn auch zu durchsichtigen Zwecken, von manchen Preßorganen als ein in höchster Harmonie markierter Vorstoß gegen das Kabinett Hertling hingestellt worden ist. Wir können auf das Bestimmteste versichern, daß dem Abg. Gröber ein solcher Vorstoß nicht nur vollständig ferngelegen hat, sondern daß seine Rede im Gegenteil nur als ein vertrauensvolles Bekenntnis zur Regierung des Grafen Hertling verstanden worden konnte.

Diesen Eindruck hat offenbar auch der Reichskanzler selbst gehabt, der gerade die vom Abg. Gröber geübte Kritik als in weitem Umfange berechtigt anerkannte und zu weitgehenden Zugeständnissen sich bereit erklärte, um Mißständen des Belagerungszustandes endlich wirksam zu begegnen. Graf Hertling hat den Reichstag gebeten, ihm bis zum November zur Durchführung der wünschenswerten Schritte Zeit zu lassen.

So spricht jedenfalls kein Staatsmann, der sich mit Rücktrittsgedanken trägt, und man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß auch der Reichstag in seiner Gesamtheit davon Abstand nehmen wird, der Durchführung der vom Kanzler in Aussicht gestellten Besserungen Schwierigkeiten zu bereiten.

Man nimmt an, daß der Hauptausschuß noch in dieser Woche wieder auseinandergehen wird, obgleich auch Strömungen vorhanden sind, die auf ein Zusammenbleiben bringen, bis die schwebenden innerpolitischen Fragen, wie man sich ausdrückt, „gründlich bereinigt" sind.

Aufhebung des § 9 der Reichsverfassung und Autonomie Elsaß-Lothringens.

∞ **Berlin**, 26. Sept. (Privattelegr.) Die interfraktionellen Besprechungen, die heute abend gepflogen werden, haben, wie wir erfahren, die Aufhebung des § 9 der Reichsverfassung und die Frage der Autonomie Elsaß-Lothringens zum Gegenstand.

Die Krise, die am Montag infolge der auseinandergehenden Forderungen von Sozialdemokratie und Zentrum aufscheinend zu best hen schien, ist, wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, beseitigt. Die Aufhebung des Artikels 9, der die Reichstagsmitglieder zwingt, ihr Reichstagsmandat endgültig niederzulegen, wenn sie Mitglieder des Bundesrats werden, ist gesichert. Die Nationalliberalen treten für die Aufhebung ein, so daß schon ohne Zentrum dafür eine Mehrheit vorhanden ist, da auch die Polen und Elsässer für die Aufhebung sind.

Die Lage in Rußland.

Der Vertreter der Sowjet-Regierung in London auf dem Wege nach Rußland.

bb **Rotterdam**, 26. Sept. (Privattelegr.) Wie Reuter aus London meldet, ist Litwinow, der diplomatische Vertreter der Sowjet-Regierung in London, gestern abend mit 54 anderen Russen von England nach Rußland abgereist. Litwinows Familie bleibt in London. Wie erinnerlich, erklärte seinerzeit die englische Regierung, daß Litwinow abreisen dürfe, sobald sich der englische Vertreter in Rußland sicher auf dem Wege nach Rußland befinden würde.

Der Terror.

* **Stockholm**, 26. Sept. Die Meldungen aus Rußland bestätigen immer klarer die Wahrheit der Berichte über die erbarmungslose Schreckensherrschaft, welche die bolschewiken gegenwärtig ausüben. In „Dagens Nyheter" schildert ein amerikanischer Berichterstatter diesen Terror als systematische Ausrottung aller Bürgerlichen. Ein längeres Anhalten dieses Terrors bedrohe ganz Europa, ja die ganze Welt mit der Vernichtung der Kultur. Dieser Gefahr gegenüber solle man sich zur gemeinsamen Abwehr einigen.

Das Ende des Terrors?

WTB **Moskau**, 26. Sept. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Die Zeitung „Mir" meldet die Zurückziehung des Dekrets über den Massenterror. Im Zentralkomitee sei die Frage des Terrors erörtert, wobei Lenin den dringenden Wunsch aussprach, wieder zu den guten Methoden der Revolution zurückzukehren. Die Mehrheit habe sich ihm angeschlossen.

Kriegsziel- und Friedensfragen.

Jeder Verständigungsfriede ist ein „deutscher Friede"! Englischer Irrsinn.

◁ **Berlin**, 26. Sept. Für die englische Gewaltpolitik kennzeichnend sind folgende Ausführungen der „Morning Post" vom 12. September: Die deutschen Friedensbemühungen, an die wir uns nachgerade gewöhnt haben, waren lediglich der Auftakt der Vorstellung, die jetzt beginnt. Wie gewöhnlich, ist Oesterreich bevorzugt worden, das Verfahren zu eröffnen.

Der Verband ist nicht so einfältig, anzunehmen, daß ein Sozi-, ein Scheidemann, ein Erzberger oder eine ähnliche Persönlichkeit die deutsche Regierung umgestalten wird. Und selbst wenn es ihm gelänge, so würde das doch für den Verband absolut keine Bedeutung haben. Solche Veränderungen wären nur das Vorspiel zu endgültigen Friedenseröffnungen und bestimmt, die Verbandsmächte zu überreden, daß die von Deutschland kommenden Vorschläge von dem deutschen Volke herrühren und von der Demokratie unterstützt werden. Es ist möglich, daß von Kühlmann auch zu dem Zwecke entlassen wurde, um im Notfall als „nichtamtlicher Vermittler" zu dienen. Auf alle Fälle können wir sicher sein, daß Deutschland einige sehr verführerische Angebote machen wird. Diese werden geflissentlich darauf berechnet sein, die Verbandsmächte von einander zu trennen. Die ganze gefährliche Komplikation kann vermieden werden, wenn die Verbandsmächte an den gemeinschaftlichen Verpflichtungen und Bürgschaften, die sie gegenüber Belgien, Serbien, Rumänien, die Tschecho-Slowaken und Rußland eingegangen sind, festhalten. Diese Verpflichtungen können nur durch einen diktierten Frieden erfüllt werden. Daß die Beherrscher Deutschlands zu derartigen Bedingungen ihr Einverständnis geben sollten, ist völlig unglaublich. Ein Verständigungsfriede zu irgend welchen Bedingungen würde ein deutscher Frieden sein. Die Verbandsmächte haben nicht die ganzen Jahre gekämpft um schließlich einen deutschen Frieden zu schließen, auch sind die Vereinigten Staaten nicht mit solcher Absicht in den Krieg eingetreten.

Die österreichische Friedensnote im Vatikan eingetroffen.

WTB **Bern**, 26. Sept. Wie „Osservatore Romano" mitteilt, ist die österreichisch-ungarische Note endlich im Vatikan eingetroffen. „Epoca" meldet, daß gestern lange Besprechungen zwischen dem Papst und dem Kardinal Gasparri stattfanden. Man glaubt, daß der Heilige Stuhl sich auf eine Empfangsbestätigung beschränken werde. Die Note sei von keinem Handschreiben des Kaisers Karl begleitet gewesen.

Die Berichte der Verbündeten.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

WTB **Wien**, 26. Sept. Amtlich wird verlautbart:

Es sind keine größeren Kampfhandlungen zu melden.

Der Chef des Generalstabes.

Bulgarischer Bericht.

WTB **Sofia**, 26. Sept. Generalstabsbericht vom 24. Sept. Mazedonische Front: Westlich vom Ochrida-See war das beiderseitige Artilleriefeuer zeitweise ziemlich heftig. In der Gegend von Bitolia griffen feindliche Einheiten mehrmals erbittert unsere Stellungen an. Sie wurden aber blutig abgewiesen, zum Teil nach Handgemenge. Mehrere unverwundete französische Gefangene blieben in unserer Hand. Nördlich der Tscherna zogen sich unsere Einheiten ungestört vom Feinde planmäßig auf die Babuna-Berge zurück. Bei Krivolak griff der Gegner mit starken Kräften an. Der Kampf ist noch im Gange.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 25. Sept. nachm. Während der Nacht Artillerietätigkeit bei St. Quentin und zwischen Ailette und Aisne. Deutsche Angriffe bei dem Gehöft Orly erlitten einen vollständigen Mißerfolg. An der Westfront hielt der Artilleriekampf ziemlich lebhaft an. Die Franzosen wiesen Handstreiche in der Champagne und Lothringen ab. In der letzteren Gegend machten die Franzosen einen erfolgreichen Einbruch in die deutschen Linien. — Abendbericht. In der Gegend westlich St. Quentin versuchten die Deutschen im Verlaufe des Nachmittags die Franzosen aus dem Vorsprung von Dallon zurückzuweisen. Alle Angriffe wurden abgeschlagen. Zwischen Ailette und Aisne war der Tag durch heftige Gegenmaßnahmen der Deutschen auf dem Plateau der Ferme Moilin in der Gegend nördlich von Allemant, wo den ganzen Tag über erbitterte Kämpfe stattfanden, gekennzeichnet. Trotz ihrer wiederholten Bemühungen gelang es den Deutschen nicht, den Franzosen den Geländegewinn abzunehmen, den sie in den vorhergehenden Tagen erzielten. Die Deutschen erlitten schwere Verluste und ließen Gefangene in den Händen der Franzosen. Von den übrigen Fronten ist nichts zu berichten.

Englischer Bericht vom 25. Sept. Unsere Truppen machten gestern abend und während der Nacht in der Nachbarschaft von Selency und bei Gricourt weitere Fortschritte. Im Laufe der Tageskämpfe machte der Feind mehrere Gegenangriffe, von denen zwei mit großer Kraft nördlich Gricourt unternommen wurden. Beide Gegenangriffe wurden zurückgewiesen. In einem Falle traten zwei Kompagnien des zweiten Bataillons des Suffolkregiments dem angreifenden Feinde mit dem Bajonett entgegen, fügten ihm Verluste zu und machten eine Anzahl Gefangene. Abends griff der Feind wiederum bei Gricourt an und machte zuerst einige Fortschritte. Sofortige Gegenangriffe durch unsere Truppen stellten aber die Lage vollständig wieder her; wir machten 40 Gefangene. Im ganzen wurden von uns in unseren gestrigen Kämpfen südwestlich von St. Quentin 1900 Gefangene gemacht und eine große Anzahl Maschinengewehre erbeutet. Infolge einer erfolgreichen kleineren Operation, die von uns in der Nacht vom 23 zum 24. Sept. ausgeführt wurde, schoben wir unsere Linien südöstlich von Inchy etwas vor. In derselben Nacht wurden feindliche Ueberfälle östlich Demicourt und nördlich von Lens zurückgeschlagen. Ein anderer feindlicher Ueberfall westlich von Sauchy-Cauchy führte zur Einnahme eines unserer Posten von dessen Besatzung einige wenige Mann vermißt werden. In der letzten Nacht griff der Feind unsere Posten in der Nachbarschaft von Sauchy-Cauchy nochmals an und wurde abgewiesen. Wir führten in der letzten Nacht einen erfolgreichen Ueberfall im Malwerehem-Abschnitt aus. Bei diesen Gefechten machten wir einige wenige Gefange. — Abendbericht. Morgens fand ein scharfes örtliches Gefecht in der Nachbarschaft von Selence statt. Dieses Dorf nahmen unsere Truppen und machten mehrere Gefangene. Während des Morgens unternahm der Feind zwei Gegenangriffe gegen unsere Stellungen nordwestlich Fanet. Beide wurden jedoch durch unser Gewehr- und Maschinengewehrfeuer unter Verlusten abgewiesen. In den späteren Morgenstunden griff der Feind zum dritten Male an; er wurde erneut vollständig zurückgeschlagen. Ein unerwarteter Angriff, welchen der Feind am frühen Morgen östlich Epehy versuchte, wurde ebenfalls abgeschlagen. Diese deutschen Leichen liegen vor unserer Stellungen. Während der Nacht wiesen unsere Truppen einen feindlichen Vorstoß südöstlich Zuhy ab. Morgens belegte eine starke feindliche Abteilung einen unserer Posten in der Nachbarschaft von Moeuvres, wurde aber durch unseren Gegenangriff zurückgeschlagen.

Italienischer Bericht vom 25. Sept. Auf der ganzen Front blieb die Kampftätigkeit auf Artillerieunternehmungen beschränkt. Unsere Batterien führten ein wirksames Sammelfeuer auf die Hauptaktionspunkte und andere empfindliche Punkte der feindlichen Verteidigung im Gebirgsabschnitt zwischen Gerdaise und Asico und entlang der Piave aus. — Mazedonien: Am 23. Sept. setzen unsere Truppen ihren Vormarsch in enger Fühlung mit den Alliierten fort. Sie verfolgten tatkräftig die bulgarischen Truppen, welche sich in Auflösung zurückzogen und gelangten dazu, die Anhöhen nördlich von Topolciani zu besetzen. An der Straße von Monastir nach Prilep wurden weitere Gefangene gemacht und Artilleriegerät erbeutet. Ein vollständiges kleines Lazarett und große Mengen Munition fielen in unsere Hand.

Von den Kriegsschauplätzen.

Der Krieg Italiens.

Die Furcht vor einer Offensive der Mittelmächte.

* **Von der schweizerischen Grenze**, 26. Sept. Die Möglichkeit einer neuen deutsch-österreichisch-ungarischen Offensive gegen Italien wird von der italienischen Presse fortwährend erörtert. Der „Mattino" fordert die verbündeten Regierungen ein, die Zweckmäßigkeit der Entsendung von Reserven zu prüfen und diese Reserven einer etwaigen zahlenmäßig überlegenen feindlichen Streitmacht entgegenzustellen. Italien habe in diesem Kriege seine volle Pflicht getan, indem es fast fünf Millionen Mann unter die Waffen gerufen und schon seit einem Jahre den Jahrgang 1899 in der Kampflinie stehen habe. Ueberdies habe es den Jahrgang 1900 einberufen. Es sei daher Pflicht der Verbündeten, die Möglichkeit einer deutsch-österreichischen Offensive an der italienischen Front ernstlich in Erwägung zu ziehen. Es liege im Vorteile der Verbündeten, sich rechtzeitig vorzusehen. — Der „Secolo" seinerseits befürwortet eine italienische Offensive zur Befreiung der vom Feinde besetzten italienischen Gebiete und zur Sicherstellung der nationalen Ansprüche Italiens. Das italienische Volk müsse sich vor allem mit den militärischen Fragen befassen.

Der Krieg Amerikas.

Massenflucht der Amerikaner.

* **Haag**, 26. Sept. Aus Neuyork wird gemeldet: Im Gegensatz zu den Berichten über die gewaltige Kriegsbegeisterung der nach Frankreich abgehenden amerikanischen Truppen meldet „New York Evening-News", daß 20—25 Mann einer jeden Kompagnie eines Regiments im letzten Augenblicke vor der Ueberfahrt fehlten. Das Regiment bestand aus ehemaligen Nationalgardisten, die in Brooklyn und Manhattan rekrutiert waren. Die Zeitung verlacht alles, um diese Massenfahnenflucht zu beschönigen und besteht sie auf die stark verringerten Abschiedsfeierlichkeiten der Soldaten mit ihren Familien. Die Kriegsbehörden weisen wiederholt auf die Strafbarkeit von Fahnenflucht hin und machen bekannt, daß alle, die zur Fahnenflucht hin und machen bekannt, daß alle, die zur Fahnenflucht verhelfen, ebenfalls bestraft werden. Ebenso können Offiziere, die diese Bewegungen nicht unterdrücken, zur Verantwortung gezogen werden.

Eine schwedische Charakteristik Wilsons.

WTB **Stockholm**, 26. Sept. Das Jungsozialistenblatt „Folkets Dagblad" entwirft folgende Charakteristik Wilsons: Lange war Wilson ein höchst unklarer Rebellstern am weltpolitischen Firmament, jetzt beginnt es sich um den Wilsonschen Himmelskörper zu klären. Aus den Nebelmassen demokratischer Phrasen tritt immer deutlicher ein imperialistischer, konterrevolutionärer, kriegstoller Stern erster Ordnung hervor. Wilson will keinen baldigen Frieden, nicht einmal von einer Friedensdiskussion will er etwas wissen. Er verweist bloß auf seine 14 Punkte. Aber zwei Tage später hat er Bedenken, wenn die Mittelmächte die 14 Punkte anerkennen würden, dann wäre ja der Frieden vor der Tür. Aber den Frieden will Wilson noch lange nicht, erst soll Europa richtig verbluten. Wilson will ein fünf- oder zehn-Millionenheer in der alten Welt zusammenbringen, damit diese eine gehorsame Kolonie für die Kapitalisten der neuen Welt wird. Deswegen ließ Wilson erklären, daß er auch, wenn die Mittelmächte die 14 Punkte anerkennen würden, eine Friedensdiskussion trotzdem nicht beginnen könne. Wilson ist auch kein Demokrat. Wer einen sozialdemokratischen Staat stützen will, um einen kapitalistischen wieder einzusetzen, wer für Verschwörungen gegen die Arbeiter- und Bauernregierung Partei nimmt und wer gefälschte Dokumente veröffentlicht, um die revolutionäre Regierung moralisch zu töten, der ist offenbar ein kapitalistischer Konterrevolutionär. Wilson ist auch nicht human. Ehe jemand Humanität von anderen verlangt, muß er selbst vom Geiste der Humanität durchdrungen sein. Jeder weiß, daß die härteste und brutalste Form kapitalistischen Druckes in Amerika vorkommt. Kein größeres humanitäres Werk konnte Wilson ausrichten, als wenn er den amerikanischen Kapitalismus bekämpfte, indem er für den Sozialismus einträte. Aber Wilson ist Antisozialist. Er will das kapitalistische Gesellschaftssystem mit seinem Massenproletariat und seinen Milliardären beibehalten. Wenn die Arbeiter höheren Lohn verlangen, werden sie an die Front geschickt. Zeitungen, die

ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE
ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE
ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE
ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE
ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE
ZEICHNET 9. KRIEGSANLEIHE

Heimatzauber.

Roman von Felix Rabor. (5

Trude rückte ein wenig von ihm ab und sagte ängstlich und befangen: „Ich wüßte nicht, was Sie mir Besonderes zu sagen hätten, Herr Spillmann —"

„Nicht?" . . . Seine ernsten grauen Augen leuchteten auf. „Haben Sie es denn nie gefühlt, was mich zu Ihnen zog?" fuhr er fort. „Sehen Sie, ich habe dort drüben eine große Fabrik, eine prächtige Villa, dazu Geld und Gut — nur eines fehlt mir: die Herrin über all diese Herrlichkeit. Sprechen Sie ein Wort, Fräulein Trude, und Sie sind dort die Herrin, die Königin! werden Sie mein Weib! Sie sollen alles haben, was Ihr Herz begehrt, ich mache Sie zur ersten Dame im Kreise und lege Ihnen Reichtum, Glanz und Ehren zu Füßen. Sie brauchen nur die Hand auszustrecken, nur ein kleines Wort zu sagen —"

„Herr Spillmann, schweigen Sie davon," klang es hastig von Trudes Lippen.

„Nein," erwiderte er, „ich fange ja erst recht an. Ich bin ein reifer Mann, der weiß was er will und was er wert ist, ich bin von den höchsten Idealen erfüllt — genau wie Sie. Wir sind eins im Geiste. Lassen Sie es uns auch im Herzen sein! . . . Sie sind so ganz anders als andere Frauen und ich bewundere Ihre Reinheit, Ihre Größe und Lauterkeit, den Adel Ihrer Gesinnung. Lassen Sie uns Weggenossen sein, Fräulein Trude. Das Leben ist so kurz, da soll man jede Spanne nützen. Sagen Sie Ja — dann wollen wir auf der Stelle zu Ihren Eltern gehen —"

„Nein, o nein, das geht nicht," wehrte Trude seinem Ungestüm. Er brachte ihr seine Feuerseele entgegen, aber ihr Herz entzündete sich nicht an seiner Glut. Sie hatte wohl Achtung für ihn, aber Liebe war nicht dabei.

Doch Spillmann schien die Blässe und Glut, die auf ihrem Gesichte wechselten, für die Morgenröte seines Glückes zu halten, nannte sie im Geiste wohl schon sein eigen und fuhr daher unbeirrt fort: „Ich würde Sie auf Händen tragen, Trude. Alle Schätze der Welt lege ich Ihnen in den Schoß, mit fürstlichem Luxus umgebe ich Sie, und Tausende werden Sie verehren, bewundern, beneiden. Sie sollen der gute Engel meines Lebens sein und wir werden wie im Paradiese leben — still und selig. Wenn Sie es aber wünschen, führe ich Sie in die große Welt ein, bis an die Stufen des Thrones. In Samt und Seide will ich Sie kleiden, auf Gold betten, in Hermelin hüllen wie eine Königin . . ."

Trude schüttelte leise das Haupt. „Die große Welt da draußen lockte sie nicht, ein stilles Mädchen in der Heimat, ein trauter Ort, wo Liebe wohnte, war ihr tausendmal lieber als alle Schätze der Erde. „Es kann nicht sein," sagte sie ruhig und fest.

„Haben Sie denn gar nichts für mich übrig?" fragte er drängend. „Bin ich in Ihren Augen so wenig wert?"

„Ich schätze und achte Sie —"

„Nun also, dann frage ich also noch einmal, wollen Sie mein Weib werden?"

Ein bange Stille lag zwischen ihnen und er harrte der Antwort.

Trude aber senkte das blonde Haupt, über das die Sonne einen feinen, goldschimmernden Schleier warf. Aber plötzlich zerriß ihn ein Windstoß in Fetzen, ballte ihn in toller Laune zusammen und schlang ihn wie eine rotgezackte Dornenkrone um ihre blasse Stirne.

Wie Ahnung kommenden Unheils durchschauerte es Trude und sie starrte zu Boden, wo die Sonne ihr neckisches Spiel trieb, goldene Kringeln in den Sand malte, funkelndes Geschmeide an die schwanken Rispen des Zittergrases hing und jeden Halm mit goldenem Schimmer umspann. Ein grünschillernder Käfer lief über den Weg, Schmetterlinge gaukelten um die Blumen, der Wachtelkönig rief im Weizen, das Korn duftete und im träumenden Walde sang mit leisem, süßem Lockruf ein Vogel. Der rief wohl seinem Weibchen. Es klang wie ein süßes Lebenslied. Aber Trude verstand den Ruf des Lebens nicht, hatte in ihrem Herzen nicht Raum für die ernste, große Frage des Mannes an ihrer Seite.

„Trude Marschall, wollen Sie mein Weib werden?" fragte Spillmann zum dritten Male.

Da hob sie ihr Gesicht und sah ihn aus traurigen Augen an — und zögernd, fast wie eine Entschuldigung, kam es von ihren Lippen: „Ich bin mit Herrn v. Brenken verlobt —"

Ihm gab es förmlich einen Stoß. „Ver—lobt?" stammelte er. „Und für mich hatten Sie also nie etwas übrig?"

„Doch," sagte sie, ihn ruhig anblickend. „Sie waren mir immer lieb und wert. Aber jenes starke und tiefe Gefühl, das der Mann vom Weibe seiner Wahl fordern kann, das vermag ich Ihnen nicht entgegenzubringen. Hochachtung und Freundschaft ja — aber mehr nicht. Darauf aber läßt sich keine glückliche Ehe aufbauen. Ich will Sie nicht täuschen, kann nicht Liebe heucheln, wo ich sie nicht empfinde. Es wäre Sünde, mit einer Lüge im Herzen in die Ehe zu treten, darum sage ich Ihnen die Wahrheit —"

Er erhob sich langsam, drückte den Hut auf den Kopf und blickte finster an ihr vorbei. „Dann freilich habe ich hier nichts mehr zu sagen und nichts mehr zu suchen in der Heimat. Morgen gehe ich in die weite Welt — leben Sie wohl!"

„Mein Gott, Sie werden mir doch nicht zürnen?" rief Trude bestürzt. Doch er hörte es nicht mehr, war schon im Walde verschwunden. Auch sie litt es nicht mehr an dem Orte, wo sie einem Menschen hatte wehe tun müssen. Müden Schrittes verließ sie den Hügel und ging wie im Traume durch Wiesen und Felder, wie ein Mensch, der nicht Zweck noch Ziel seines Lebens kennt.

Erst gegen Abend kehrte sie heim. Auf der Freitreppe am ihr Sule mit zwei Briefen entgegen. „Einer für mich, der andere für Dich!" rief sie. „Da nimm! . . Ich habe gute Nachrichten: Max ist Kapellmeister geworden — Viktoria! Nun sieh zu, daß auch Du das Glückslos ziehst!"

Trude nahm den Brief und ging mit schweren, müden Schritten die Treppe hinauf und in ihr Mädchenstübchen. Warum wog nur der Brief so schwer in ihrer Hand?

Sie setzte sich an das Fenster und die Abendsonne schoß goldene Pfeile nach ihr. . . . Sie trafen aber nicht ihr blondes Haupt, sondern ihr junges Herz. . .

Da griff sie nach ihrer Brust und öffnete den Brief. Ein goldenes Medaillon fiel heraus. . .

Sie bedeckte ihr Gesicht mit den Händen und weinte bitterlich. Dann wurde ihr plötzlich leichter, freier. . . Es war ihr, als hätte sie eine Last abgeworfen und Fesseln zerbrochen, die sie an einen ungeliebten Mann fesselten. Seliger Jubel erfüllte ihre Brust. Sie erhob sich und reckte die Arme zum Himmel. „Frei — nun bin ich frei! . . . Die Fesseln sind zerbrochen! . . . Nun gehöre ich wieder mir selbst und meiner Liebe! . . . Ich habe meine Jugend wiedergefunden und den, den meine Seele liebt! . . . Meine Jugend, mein Maientraum, mein Liebster in der Ferne: sei tausendmal gegrüßt!"

Fünftes Kapitel.

Herr Marschall saß mit finsterem Gesichte über dem Hauptbuch und zog die Bilanz seines Lebens. . .

Ruiniert! . . .

War auch kein Wunder! . . . Drei schlechte Ernten. . . . Unglück im Stall . . . die Hypotheken . . . das flotte Leben — und immer das verdammte Vieh im Spiel! Das riß große Löcher in die Kasse. Und dann immer ein Loch zu und zwei andere dafür auf. Zur Not hielt man sich ja über Wasser — aber jetzt lief's in den Mund.

Er stöhnte. Feiner Schweiß stand ihm auf der sorgenvollen Stirne — da hob er lauschend den Kopf: das Verhängnis nahte.

Schon wieder dieser Löbstein, dieser Blutsauger, der nun bereits zum vierten Male hier war; deutlich hörte er den schlürfenden Schritt. . .

Nun klopfte es. „Zum Henker also — herein!"

Moritz Löbstein schob sich mit einer tiefen Verbeugung durch die Tür. „Hab' die Ehre, Herr Baron —"

Marschall klappte das Hauptbuch zu. „Löbstein, Sie sind 'ne Schmeißfliege — man wird Sie nicht wieder los —"

Löbstein öffnete vor Staunn seinen Mund so weit, daß all seine gelben Zähne sichtbar wurden. „Herr Baron belieben zu scherzen," näselte er. „So a armer Mann muß sich um sein Geld reißen, wie der Teufel um a arme Seel. . ."

„Na also — setzen Sie sich. Sie armer Mann. Weit weg, bitte. Also, Ihr Geld wollen Sie haben?"

„Ich bitt' schön, Herr Baron — dreißigtausend bar — der Rest im Herbst —"

„Wenn ich's aber nicht habe . . ."

„Sie haben's, Herr Baron."

„Schön — ich hab's, aber ich bezahle nicht, weil Sie ein Schuft sind —"

Löbstein warf sich in die Brust. „Herr Baron, kränken Sie mich nicht an meiner Ehr'!"

„Maul halten! . . . Erst haben Sie mich hineingeritten, und jetzt, wo ich in Verlegenheit bin, schnüren Sie mir die Kehle zu." Seine Hand griff spielend nach dem Revolver auf dem Schreibtisch.

Löbstein schoß mit einem Schrei empor.

den Krieg sprechen, nicht befördert, Professoren, die Friedensneigung zeigen, werden verabschiedet, Priester, welche für den Frieden beten, werden bestraft. Sozialisten, welche für den Frieden reden, werden gesucht oder ins Gefängnis geworfen. Allein in Chicago sind 300 skandinavische Sozialisten verhaftet worden. Das Land ist überschwemmt von Polizeispionen und das Angebersystem feiert Orgien. Dies ist das Bild des souveränen Diktators, welcher namens der Humanität den Kreuzzug gegen die russische sozialistische Republik predigt.

Der Seekrieg.

Untergang eines schwedischen Kanonenbootes.

WTB **Skagen**, 26. Sept. (Ritzaus Büro.) Das schwedische Kanonenboot „Gundel" ist 6 Meilen von Skagen auf eine Mine gestoßen. Von der Bemannung von 29 Mann sind der Führer und 19 Mann ertrunken. Zwei Torpedoboote kamen mit den übrigen 10 Mann in den Hafen, von welchen einer tot, einer schwer, 3 leicht verwundet und 5 unverletzt sind. Man glaubt, daß die Mine zu einem ganz neuen Minenfeld gehört.

Die Kriegslage im Westen.

Deutscher Artillerie-Angriff an der ganzen Westfront.

bb **Lugano**, 26. Sept. (Privattelegr.) Der „Corriere della Sera" meldet aus Paris, daß sich am Montag früh die neutralen und befreundeten Militärattachés ins Frontgelände bei Reims begeben. — In den militärischen Kreisen verhehlt man sich die Schwierigkeiten keineswegs, die durch den deutschen Widerstand und durch die betonierten deutschen Unterstände geschaffen werden. Poincaré, Clemenceau und der italienische Militärbevollmächtigte reisen nach Reims ab. — Die „Times" melden von der französischen Kampffront: Ein allgemeiner starker deutscher Artillerie-Angriff ist an der ganzen Front seit mehreren Tagen zu verzeichnen. Das Vorgelände der alliierten Truppen liegt im scharfen feindlichen Feuer. Es ist nicht mehr daran zu denken, daß der Gegner dieses Gebiet freiwillig räumen wird.

Deutsches Reich.

Des Kaisers Abreise aus Kiel.

WTB **Kiel**, 26. Sept. Der Kaiser hat gestern abend Kiel im Hofzuge verlassen.

Neues Kriegsmietrecht.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat der Bundesrat zwei wichtige Verordnungen beschlossen, die für das Wohnungsrecht und den Mieterschutz von großer Bedeutung sind. Zunächst handelt es sich nach der „Köln. Ztg." um eine Aenderung der Verordnung zum Schutze der Vermieter, die eine ganz erhebliche Fortentwicklung des erhöhten Mieterschutzes bedeutet, ferner um eine Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, in der indes der Gedanke der Zwangseinquartierung nicht zum Ausdruck gekommen ist. Letztere Verordnung bezweckt zu vermeiden, daß Wohnungen ohne Grund leerstehen und ihrem eigentlichen Zweck entfremdet werden. Weiter hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen an die Regierungs- und Oberpräsidenten einen Erlaß herausgegeben mit neuen Bestimmungen für die Geschäfte der Einigungsämter. Wie ein roter Faden zieht sich durch beide Verordnungen eine erhöhte Mitwirkung der Gemeinde. Künftig soll die Gemeinde eingreifen, wenn Mieter zu hoch genommen werden. Die Gemeinde kann künftig leerstehende Wohnungen in Anspruch nehmen und sie Wohnungssuchenden zuweisen. Für eine Zwangsbewirtschaftung im allgemeinen hat man sich nicht entschließen können, um den Zwang eben möglichst auszuschalten. Die Bestimmungen nähern sich den Verordnungen der Kommandierenden Generale, die für einige Teile des Reiches erlassen worden sind. Es kann nunmehr, was den Schutz der Mieter betrifft, bei Kündigungen jeder Art der Mieter das Mieteinigungsamt anrufen. Neubauten der nächsten Jahre sollen nur mit behördlicher Unterstützung erfolgen und nur, wenn eine gewisse Sicherheit besteht, daß ein erträgliches Mietniveau gewahrt bleibt. Das Verlangen, eine höhere Instanz als das Mieteinigungsamt zu schaffen, ist aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt worden. Hervorzuheben ist auch, daß künftighin dem Mieter keine Schwierigkeiten wegen Kinderreichtum gemacht werden dürfen. Die Gebührenfreiheit des Verfahrens soll künftighin entfallen bei mutwilliger Anrufung des Amtes, ebenso entfällt die Bestimmung, daß beide Parteien das Protokoll zu unterschreiben haben. Die Verordnung über den Wohnungsmangel schlägt mehr ins öffentliche Recht. Sie bestimmt, daß ohne Zustimmung der Gemeindebehörden Gebäude oder Teile derselben nicht abgebrochen werden dürfen und daß Räume, die bis zum 1. Oktober d. J. zu Wohnzwecken bestimmt waren, zu andern Zwecken nicht verwandt werden dürfen. Die Gemeinde kann eine Anzeigepflicht treffen und Hausbesitzer und Vermieter verpflichten, Wohnräume anzuzeigen. Wohnräume von Leuten, die ins feindliche Ausland gezogen sind, können erfaßt werden und von der Gemeinde Wohnungssuchenden zugewiesen werden. Dies sind die wesentlichen Bestimmungen der neuen Verordnungen, die sofort in Kraft treten und gerade zum Quartalswechsel für Mieter wie für Vermieter von besonderm Interesse sein dürften.

Zur Einsicht gekommen.

** Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brockmann (Düsseldorf) gehörte bekanntlich zu der kleinen Gruppe von Zentrumsabgeordneten, welche das gleiche Wahlrecht für Preußen abgelehnt haben. Er hat sich inzwischen zu dem Entschlusse aufgerafft, seinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben und nicht durch Darlegung seiner Gründe, die die Ablehnung des gleichen Wahlrechts heute nicht mehr rechtfertigen und die er in längeren Ausführungen in der „Köln. Volksztg." (Nr. 761, Abendausgabe vom 26. September) darlegt, auch die bisherige Ablehnungsmehrheit im Landtag zur Aufgabe ihrer Ablehnung zu bestimmen. Es wäre wünschenswert, daß alle bisherigen Gegner des gleichen Wahlrechts zu dieser Einsicht kämen und dann ebenso handelten, wie Abg. Brockmann. Je eher der Landtag das gleiche Wahlrecht beschließt, um so besser für die innere Geschlossenheit und Beruhigung des Volkes. Drum mache man jetzt schnelle und gute Arbeit!

Vermischtes.

Die Vermählung des rumänischen Kronprinzen.

WTB **Bukarest**, 26. Sept. Die heimliche Vermählung des rumänischen Kronprinzen erregte unter der gesamten rumänischen Bevölkerung großes Aufsehen. Alle Kreise erwarten gespannt die endgültige Entscheidung des Königs und des Kronprinzen. Die hiesige Presse veröffentlicht eingehende Schilderungen über die geheimnisvolle Reise des Kronprinzen nach Odessa und weist auf deren Folgen hin. „Lupta", das Blatt des Präsidenten des bessarabischen Landesrats Stere, schreibt: Die Heirat des Kronprinzen kann in diesem Falle nicht als private Angelegenheit angesehen werden. Sie ist von öffentlichem Interesse und steht mit der zukünftigen normalen Entwickelung des Staates in enger Verbindung. Der Prinz hat die Wahl. Er kann seinen Schritt bis zu Ende führen und die Untersuchung durch Rechtssachverständige ablehnen, die sich versammeln werden, um einen Vorwand zu finden, die von ihm begangene Handlung als ungiltig zu erklären. In der Dynastie, worauf unsere Monarchie und unsere ganze staatliche Organisation beruht, ist eine derartige Ehe nicht zulässig. Es wäre aber auch möglich, daß der Prinz die in einem Anfall von jugendlicher Begeisterung begangene Handlung bereut. In diesem Falle werden sich Leute finden, die die ganze Angelegenheit als romantischen Zwischenfall ohne politische Folgen behandeln. „Seneture", das Blatt des ehemaligen Ministers Meitescu, äußert sich wie folgt: Die von dem Kronprinzen begangene Handlung überschreitet bei weitem den Rahmen der Vergehen gegen militärische Vorschriften. Wenn auch die von dem Oberbefehlshaber der Armee verhängte Strafe von 75 Tagen strengem Arrest noch weit strenger gewesen wäre, kann sie als Lösung des Vorkommnisses nicht betrachtet werden. Der Schritt des Prinzen Karol stellt rumänische Interessen aufs Spiel, die bedeutend höher stehen, als jene zweier Liebender. Die Zeitung „Indreptarea" in Jassy veröffentlicht namens des Generals Averescu folgende Erklärung: Averescu ist der Ansicht, daß eine gründliche, radikale Lösung geboten sei und daß nicht mehrere Lösungen bestehen, die mit der Würde und den Interessen des Landes vereinbar sind.

Die „Spanische Grippe" in Schweden.

WTB **Kopenhagen**, 26. Sept. „Nationaltidende" meldet aus Malmö: Im Laufe dieses Monats sind in Schweden nicht weniger als 860 Personen an der Spanischen Grippe gestorben. Gestern allein wurden 60 Todesfälle gemeldet.

Sendet den „Anzeiger" ins Feld.

Soziales.

☆☆ **Neue Teuerungszulagen im Baugewerbe.** Nach längeren vom Reichswirtschaftsamt gepflogenen Verhandlungen haben sich der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und die Zentralverbände der Bauarbeiter und Zimmerer am 11. September über eine vierte Kriegsteuerungszulage geeinigt. Die Zulage beginnt am 1. Oktober und zwar in Orten bis zu 10 000 Einwohnern mit 8 Pfg., in Orten bis zu 50 000 Einwohnern mit 10 Pfennig, in noch größeren Orten mit 15 Pfennig und in Hamburg mit 20 Pfennig für die Arbeitsstunde. Am 1. Januar 1919 erhöht sich die Zulage in der niedersten Ortsgruppe um 7, in der zweiten und dritten um 10 und in Hamburg um 9 Pfennig. Das rheinisch-westfälische und das oberschlesische Industriegebiet sowie Neubauten und größere Erweiterungsbauten der Kriegsindustrie und der Heeresverwaltung zählen stets zur dritten Gruppe mit einer Zulage von zunächst 15 und im ganzen 25 Pfennig. Etwa schon gewährte örtliche Sonderzulagen kommen auf die neue Zulage nur dann in Anrechnung, wenn der Arbeitgeber sich dies bei Vereinbarung der Sonderzulage ausdrücklich vorbehalten hat, oder wenn die Sonderzulage nach dem 1. August 1918 bewilligt worden ist. Nebenvergütungen für Mittagessen, Fahrgelder und Auslösung bis zu 3 Mk. für den Kalendertag werden jedoch überhaupt nicht angerechnet.

|| **Erhöhung der Teuerungszulagen im Holzgewerbe.** Vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands wird uns mitgeteilt: Auf eine Eingabe haben die in Frage kommenden Arbeitgeberorganisationen beschlossen, den Holzarbeitern im rheinisch-westf. Industriegebiet eine weitere Teuerungszulage von 15 Pfg. pro Arbeitsstunde ab 16. September d. J. und von weiteren 10 Pfg. ab 1. Januar 1919 zu gewähren. Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren sowie für Gesellen im 1. Gesellenjahr beträgt die Zulage 7 bezw. 5 Pfg. Die festgesetzten tariflichen Stundenlöhne steigern sich auf Grund dieser Zugeständnisse um 70 Pfg., für Erwachsene und 42 Pfg. für jugendliche Holzarbeiter. Die wöchentlich gezahlten Teuerungszulagen erhöhen sich auf 43,50 Mk. bezw. 24 Mk. Auch Akkord- und Montagearbeiter erhalten diese Zuschläge. Bei Montagearbeiter wird außerdem Montagegeld von mindestens 6,50 Mk. pro Tag gezahlt.

Verkürzung der Arbeitszeit für Metallarbeiter.

* **Barmen**, 26. Sept. Die Metallarbeiterbewegung im Wuppertal zur Herbeiführung einer verkürzten Arbeitszeit mit Lohnausgleich hat zu einem Erfolge der Arbeiter geführt. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis haben die Arbeitgeber fast durchweg eine vierstündige Arbeitszeitverringerung zugestanden, zum Teil wurde jedoch erheblich mehr bewilligt. So ist die Arbeit bei einer Firma in Vohwinkel von 60 auf 48 Stunden, bei einer Barmer Firma von 65 auf 54, bei zwei anderen Firmen von 72 auf 60 Stunden verkürzt worden. Wo die Arbeitgeber erklärten, jede Arbeitszeitverkürzung würde in ihren Betrieb eine Produktionsstörung hervorrufen, begnügten sich die Arbeiter mit einer Lohnerhöhung, die in einem Fall 25 Prozent betrug.

Kirchliche Nachrichten.

= **Düsseldorf**, 26. Sept. Der Konvent der Patres Dominikaner rüstet sich zur Doppelfeier zweier Mitglieder. Am Montag vollendet der Provinzial der deutschen Ordensprovinz, Pater Gregorius, das silberne Jubiläum seiner im Ordensgewande erlangten Priesterwürde. Am nächsten Dienstag der Prior des Klosters, Pater Dalmatius, das silberne Jubiläum seiner Ordenszugehörigkeit. Das Dominikanerkloster kann in die Chronik des Jahres 1918 noch zwei andere Erinnerungstage einreihen. Vor 30 Jahren kehrten die Patres nach 15jähriger Abwesenheit nach Düsseldorf zurück. Infolge der veränderten kirchlichen Gesetzgebung hatte die Ordensgenossenschaft die hiesige Niederlassung im Jahre 1873 aufgelöst. Vor 25 Jahren begann die Ordensgenossenschaft mit dem letzten Ausbau des heutigen Klosters und schuf damit die Räume zur Aufnahme der heutigen Ordensschule.

Letzte Nachrichten

Lügen in der englischen Berichterstattung.

WTB **Berlin**, 26. Sept. (Telegr.) Der englische Heeresbericht vom 25. September spricht von den Kämpfen bei Gricourt am 24., in denen zwei deutsche Gegenangriffe von den Engländern abgewiesen worden seien. Von einem dritten deutschen Angriff sagt er wörtlich: „Am Abend griff der Feind wiederum bei Gricourt an und machte zuerst einige Fortschritte. Sofortige Gegenangriffe durch unsere Truppen stellten die Lage vollständig wieder her." Wir verweisen ausdrücklich auf unsern Heeresbericht vom 25. September, nach welchem Gricourt wieder in unserem Besitz ist. Dieser Fall zeigt deutlich die Unzuverlässigkeit der amtlichen englischen Berichterstattung, die durch verschleiernde Fassung das englische Heer und Volk und die ganze Welt über die bei Gricourt erlittene Schlappe hinwegtäuschen will.

Waffenstillstandsangebot des bulgarischen Ministerpräsidenten an den gegen Bulgarien operierenden Ententetruppenführer.

WTB **Berlin**, 27. Sept. (Telegr.) Es liegen Nachrichten vor, wonach von dem bulgarischen Ministerpräsidenten Malinoff an den Führer der gegen Bulgarien operierenden Entente-Truppen das Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet worden sei. Wie gemeldet wird, ist Herr Malinoff mit diesem Angebot auf eigene Hand, ohne Zustimmung des Königs und Parlaments und der bulgarischen Heeresleitung vorgegangen. In den bundestreuen Kreisen Bulgariens hat dieses Vorgehen Malinoffs große Erregung hervorgerufen. Militärische Maßnahmen zur kraftvollen Unterstützung der bulgarischen Front sind im Gange. Eine Gegenbewegung gegen den Ministerpräsidenten Malinoff macht sich, nach den letzten Berichten aus Sofia zu urteilen, bereits geltend.

Neuer Entwurf für die Zusammensetzung des Herrenhauses.

WTB **Berlin**, 27. Sept. (Telegr.) Der Sitzung der Herrenhauskommission für die Wahlrechtsvorlage vom Donnerstag, 26. Sept., lag ein von der Unterkommission ausgearbeiteter neuer Entwurf für die Zusammensetzung des Herrenhauses vor, der der Weiterberatung zugrunde gelegt wurde. In diesem Entwurf ist grundsätzlich der Gedanke der Berufs- und Interessenvertretung abgelehnt, der in der Regierungsvorlage und noch mehr in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung zum Ausdruck kam, dagegen unter Anlehnung an das geschichtlich Gewordene ein weiterer Ausbau des Herrenhauses im Sinne der Königlichen Botschaft durch Neuaufnahmen „führender, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichneter Männer" vorgesehen, wobei besonders Handel und Industrie ein erheblicher Anteil gewährt wird. Soweit bisher Abstimmung erfolgte, ergibt sich folgendes Bild: Es gehören dem Herrenhause auch ferner an: 1. Die bisher in ihm befindlichen erblich Berechtigten, doch soll unter gewissen Voraussetzungen ein Erlöschen dieser Berechtigung stattfinden. 2. Auf Grund ihres Amtes die Ersten Bürgermeister derjenigen Städte, die bisher das Recht der Präsentation hatten, sowie 8 weitere Städte, denen dieses Recht durch königliche Verordnung verliehen werden kann, ferner der 2. Bürgermeister der Stadt Berlin. Es treten kraft ihres Amtes ein die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern, ferner sollen 5 Mitglieder der evangelischen Kirche und 3 römisch-katholische Bischöfe berufen werden. Ein Präsentationsrecht sollen in Zukunft haben in bisherigem Umfange die Verbände der durch ausgebreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter. — Die Beschlußfassung über weitere Kategorien wird voraussichtlich in der heutigen Sitzung erfolgen, in der beabsichtigt ist, die Beratung über die Herrenhausvorlage zu Ende zu bringen.

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 27. September.

Neunte Kriegsanleihe und christliche Gewerkschaften.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften schreibt in seiner neuesten Nummer 20 vom 23. Sept. 1918:

In diesen Tagen wird das deutsche Volk zur Zeichnung einer neuen Kriegsanleihe aufgefordert. In den Schlußbemerkungen zum Jahresbericht in der heutigen Nummer ist dargetan worden, von welcher großen Bedeutung, im Zusammenhange mit der augenblicklichen Gesamtlage ein Kriegsanleihe-Sieg unter den heutigen Verhältnissen ist. Wir verweisen unsere Leser daher nochmals auf die betreffenden Ausführungen. Dieselben mögen sie veranlassen, soweit ihre persönliche Mitwirkung in Betracht kommt, alles zu tun, um einen Sieg auf dem unblutigen Schlachtfelde des Finanzwesens zu erringen. Wir wissen, daß auch an früheren Kriegsanleihen unsere Mitglieder eifrigst mitgearbeitet haben. Diesmal müssen sie ihre Kräfte in der Betätigung zugunsten der Kriegsanleihe verdoppeln. Das soll unsere Antwort sein auf die vielen törichten Gerüchte, mit denen unser Volk jetzt von allen Seiten durcheinander zu bringen versucht wird. Wir legen es jedem einzelnen ans Herz, daß er sich in dieser Zeit auf allen Gebieten, wo es auf die Opferwilligkeit ankommt, mit vorbildlichem Eifer bemühe.

× **Ein städtischer Musik-Ausschuß.**

Mit der in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung beschlossenen Gründung eines städt. Musik-Ausschusses (Vergl. den heutigen Stadtv.-Sitzungsbericht.) ist eine für die Entwicklung des Herner Musiklebens ohne Zweifel bedeutsame Einrichtung geschaffen worden, die von musikalischen und gesangliebenden Kreisen der Stadt schon seit Jahren gewünscht und erstrebt wurde. Wie unser Stadtoberhaupt bei dieser Gelegenheit betonte, ist geplant, diesem Ausschuß eine breite Grundlage zu geben. Man darf also wohl annehmen, daß dieser Ausschuß dazu berufen ist, das z. Zt. nahezu vollständig brach liegende Musikleben unserer Stadt wieder neu aufleben zu lassen und in geordnete einheitliche Bahnen zu lenken, und daß in ihm sich alle Bestrebungen konzentrieren sollen, Herne auch auf diesem Gebiete eine achtunggebietende Stellung zu verschaffen. Wir zweifeln nicht daran, daß dem so glücklich zusammengesetzten engeren Ausschuß volles Vertrauen seitens der großen Herner Musikgemeinde entgegengebracht wird und daß die begrüßenswerten Bestrebungen, die der Ausschuß verfolgt, lebhaften Anklang finden. In diesem Sinne dem jungen vielversprechenden Herner Musikausschuß zu ersprießlicher und erfolgreicher Tätigkeit ein kräftiges „Glück Auf!"

Harpener Bergbau A.-G.

Der Jahresabschluß ergibt einschließlich des Vortrages von 2 219 566 Mk. und verschiedener Nebeneinnahmen einen Rohgewinn aus Kohlen, Koks, Briketts, Teerölfabrikation und der Abteilung Schiffahrt von 33 593 540 (32 305 779) Mk. Hiervon gehen ab für Generalunkosten 7 250 084 (6 640 705) Mark, für verschiedene sonstige Unkosten 688 329 Mk., als Rückstellung für Feuerversicherung 100 000 Mk., für Bergschäden 1 500 000 (1 000 000) Mk. Zu Abschreibungen auf die Anlagewerte bestimmte der Aufsichtsrat 10 951 793 (9 102 117) Mk. Es verbleibt somit ein Reingewinn von 13 108 332 (13 403 609) Mk., dessen Verwendung der Generalversammlung, wie folgt, vorgeschlagen wird: Zuwendung für gemeinnützige Zwecke wieder 250 000 Mk., Tantiemen für den Aufsichtsrat 434 042 (434 042) Mk., 12 Prozent Dividende (wie im Vorjahr) und Vortrag auf neue Rechnung 2 224 290 (2 219 566) Mk.

Teilweise Freigabe des Eierverkaufs.

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt: Die im laufenden Wirtschaftsjahr bei der Sammlung der Eier in Preußen bisher erzielten durchschnittlich befriedigenden Ergebnisse schaffen die Möglichkeit, Erleichterungen der öffentlichen Eierbewirtschaftung eintreten zu lassen, die dringenden Wünsche sowohl der ländlichen wie auch weiter Kreise der städtischen Bevölkerung entgegenkommen. Auf Grund des § 9 Absatz 3 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 bestimme ich daher: Geflügelhalter, die ihre Ablieferungsschuldigkeit an Eiern für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelschaft gewonnene Eier (Ueberschußeier) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelshöchstpreis frei absetzen. Ueberschußeier sind bei Ablieferung an die Sammelstellen oder Aufkäufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 10 Pfg. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöchstpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.

× **Nachprüfungen und Preisfragen im Textil- und Bekleidungsgewerbe.**

Am Dienstag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, wird im Berliner Hof zu Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 85, Herr Rechtsanwalt Dr. Schuster von der Kriegsamtstelle Münster (Kriegsrohstoffabteilung) einen Vortrag halten über „Nachprüfungen und Preisfragen im Textil- und Bekleidungsgewerbe." Nach dem Vortrag ist eine freie Aussprache vorgesehen, durch die Gelegenheit gegeben ist, bestehende Unklarheiten zu beseitigen.

× **Ein gewissenhafter Rechner.**

Aus unserm Leserkreise wird uns geschrieben:

Auf die Lokalnotiz im Herner Anzeiger „Rechenkünstler" ersuche ich Sie dem Einsender mitteilen zu wollen, daß seine Rechnung nicht stimmt. Die Zahl der seit Christi Geburt bis 31. August 1918 nachts 12 Uhr verflossenen Sekunden ist nicht, wie angegeben, 60 516 892 800, sondern richtig 60 538 012 800 Sekunden. Der Einsender möge nachrechnen und die Richtigkeit meiner Rechnung im „Anzeiger" bescheinigen.

Einer, der es besser kann.

e. **Steffens Saalbau-Theater.**

Die Direktion teilt uns mit, daß vom 1. Oktober ab die Vorstellungen pünktlich abends 8 Uhr beginnen. Ab Samstag wird „Der Zigeunerbaron" gegeben.

Herner Stadtverordneten-Versammlung

Sitzung vom 26. September 1918.

Anwesend sind 27 Stadtverordnete und vom Magistrat die Herren Oberbürgermeister Dr. Sporleder und Bürgermeister Lampe.

4²⁰ Uhr eröffnet der stellv. Vorsteher Vogel die Sitzung.

Den auf Urlaub befindlichen Stadtv. Hampe, der mittlerweile zum Offizier befördert wurde und im Saale anwesend ist, heißt er herzlich willkommen.

Von dem in franz. Gefangenschaft befindlichen Stadtv. August Schmitz ist bei dem Vorsteher ein Schreiben eingelaufen mit herzlichen Grüßen an das Kollegium, das hiervon Kenntnis nimmt und den Vorsteher beauftragt, die Grüße brieflich zu erwidern.

Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

Beschaffung von Liebesgaben.

Es wird vorgeschlagen, 200 M. zur Beschaffung einer Liebesgabenkiste aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege zu bewilligen. Angenommen.

Vergütung für besondere Arbeiten.

Es wird vorgeschlagen, an den Stadtsekretär Güthier in Bochum für die Ausarbeitung der Begründung zur Anfechtung betr. die nachträgliche Heranziehung zu den Polizeikosten für die Rechnungsjahre 1909 bis 1914, 1915 und 1916 eine Vergütung von 300 M. zu bewilligen.

Geschieht.

Erhöhung der Ortszulagen der Lehrpersonen.

Die Vorlage wird begründet vom Oberbürgermeister, der auf die historische Entwickelung der Vorlage seit 1914 hinweist. Damals ging man davon aus, daß eine lange Dauer des Krieges nicht zu erwarten sei. Durch das eingetroffene Gegenteil sei die Vorlage verzögert worden. Redner verbreitet sich zunächst über die Gehaltsregelung im allgemeinen. Auf die Alters-, Wohnungs- und Teuerungszulage sei die Stadt ohne Einfluß. Es bleibe also nur für die Stadt ein Eingreifen bei den Ortszulagen übrig. Auch hieran seien bestimmte Voraussetzungen geknüpft. In allen Fällen sei die Höhe der Ortszulagen von der Regierung abhängig. Infolgedessen könnte auch hier die Kommune nicht eigenmächtig beschließen. Im Regierungsbezirk Arnsberg sei die Höhe der Ortszulagen verschieden. Infolge kürzlich gepflogener Verhandlungen sei es unwahrscheinlich, daß die Regierung für die Städtekasse, der Herne angehört, eine Erhöhung über 600 Mk. bewilligen werde. In Verfolg dieser Sachlage werde dem Kollegium nach gründlicher Vorberatung im Magistrat und der Finanzkommission die jetzige Vorlage zur Genehmigung vorgeschlagen und zwar eine Erhöhung der Ortszulagen auf 500 Mk. für Lehrer und 250 Mk. für Lehrerinnen.

An Hand einer den Stadtverordneten (aber nicht der Presse) übermittelten Uebersicht erläutert der Redner die Vorlage näher. Sollten in anderen Städten Rheinlands und Westfalens höhere Sätze beschlossen und genehmigt werden, werde eine neue Vorlage erfolgen. Auch die nur aushilfsweise beschäftigten Lehrpersonen sollen in den Genuß der Zulage kommen. Die Mehrausgaben für die Stadt belaufen sich auf 28 600 Mk.

Schließlich bittet Redner um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Westerholt stellt, um die Unzufriedenheit der Lehrpersonen mit der Vorlage aus der Welt zu schaffen, einen Antrag, wenigstens für die Zählgeschäfte, zu denen die Lehrerschaft in umfassender Weise stets herangezogen wird, eine entsprechende Entschädigung zu gewähren.

Oberb. Dr. Sporleder weist darauf hin, daß ein derartiger Antrag geeigneter formuliert werden müsse und dann zweckmäßig der Finanzkommission zu näherer Prüfung überwiesen werde, damit nicht schließlich eine solche Entschädigung gewährt werde und der Staat sich dann an seinen Zuschüssen schadlos halte.

Stadtv. Hölkeskamp unterstützt den Antrag. Wo ein Wille vorhanden sei, müsse sich auch ein Weg finden.

Stadtv. Röhrken schließt sich den beiden Vorrednern an.

Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten.

Es wird eine vorläufige Regelung der Gehaltsaufbesserung ab 1. April 1918 vorgeschlagen, die möglichst viel abwirft, wobei die Erhöhung vom gleichen Zeitpunkt ab pensionsfähig ist. Bei dieser Gehaltsverbesserung ist neben dem Gehalt besonders die Zahl der zu unterhaltenden Familienmitglieder berücksichtigt. Die Gehaltsaufbesserung erfordert für Beamte (einschließlich der Beiträge zur Pensions- und Witwen- und Waisenkasse), Angestellte auf Privat-Dienstvertrag, Kriegsaushilfen und Arbeiter insgesamt die Summe von rund 70 000 Mark.

Nach einer vorliegenden Nachweisung kommt die vorläufige Gehaltsregelung der städtischen Beamten einer pensionsfähigen Erhöhung von 10 Prozent gleich. Für den im Felde stehenden Beamten soll der eventuelle Differenzbetrag zwischen dem Militärgehalt und dem Gehalt, das er nach dieser Vorlage hier erhalten würde, bewilligt werden. Die Angestellten und Kriegsaushilfen sollen in denselben Genuß der zehnprozentigen Gehaltsaufbesserung kommen. Bei letzteren soll die Erhöhung aber erst dann eintreten, wenn sie mindestens drei Monate im Dienste der Stadt gestanden haben.

Für die städtischen Arbeiter ist eine Lohnerhöhung bis zu 5 Pfg. für die Stunde vorgeschlagen.

Die Gesamtkosten für die Vorlage belaufen sich auf insgesamt rund 70 000 Mark, die unter Abschreibung von der Rücklage bewilligt werden müssen, also auf den Etat zu übernehmen sind. Als Deckung rechnet man damit, daß diese besonderen Mehrausgaben ungefähre Deckung finden aus dem Mehr der Einkommensteuer über das festgesetzte „Soll".

Nach dem Beschluß der Unterkommission sollen nur diejenigen Beamten in den Genuß der Vorlage kommen, die im § 2 der Besoldungsordnung aufgeführt sind, also nicht die Magistratsmitglieder usw., deren Bezüge von Fall zu Fall festgesetzt werden.

Stadtv. Hölkeskamp bezeichnet die Erhöhung von 5 Pfg. für die Arbeiter pro Stunde als ein Minimum, das auch vom 1. April rückwirken müsse; desgleichen bittet er das Gehalt der Kriegsaushilfen, die für einen Haushalt aufzukommen haben, wesentlich zu erhöhen. Bei verheirateten Kriegsaushilfen mit mehreren Kindern müsse ein Gehalt von 150—170 Mark als zu gering bezeichnet werden.

Oberb. Dr. Sporleder bezeichnet die Wünsche des Vorredners als undurchführbar. Bei den städtischen Arbeitern könne eine Rückwirkung ab 1. April nicht eintreten. Bei den Kriegsaushilfen derartige Mindestsätze einzuführen, gehe auch mit Rücksicht auf die städtischen Beamten nicht an. Man müsse sich nach Alter und Leistung richten.

Stadtv. Isenrath ist der Ansicht, daß bei aller Anerkennung für die Vorlage, es doch dringend wünschenswert sei, daß auch bei den städt. Arbeitern und Kriegsaushilfen, die am 1. April d. J. bereits ein Jahr bei der Stadt beschäftigt waren, die Erhöhung rückwirkend ab 1. April wirke.

Oberbürgerm. Dr. Sporleder erwidert, daß die Kriegsaushilfen bereits laufende Teuerungszulagen in Form einer ständigen Steigerung des Gehalts erhalten hätten. Sie würden also dann eine doppelte Prämie erhalten im Gegensatz zu den übrigen Beamten. Bzgl. der städt. Arbeiter sei der Vorschlag erwägenswert.

Stadtv. Westerhold pflichtet dem Vorschlag des Stadtv. Isenrath bei.

Stadtv. Hölkeskamp greift diese Anregungen auf und stellt den Antrag, den Kriegsaushilfen, die bereits am 1. April ein Jahr bei der Stadt waren, aber keine Gehaltsaufbesserung erhielten, die Zulage rückwirkend vom 1. April d. J. zu gewähren.

Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag des Stadtv. Isenrath sollen die vorgebrachten Zusatzanträge Hölkeskamp an die Finanzkommission verwiesen und dann dem Kollegium zur Genehmigung vorgelegt werden.

Außerordentliche einmalige Zulage an die Beamten pp.

Vorgeschlagen wird die einmalige Teuerungszulage nach den Grundsätzen des Staates für die Beamten und Angestellten und nach besonderen (nach Verhältnis der im Dienst der Stadt verbrachten Zeit gestaffelten) Sätzen für die Kriegsaushilfen und Arbeiter.

Die Kriegsaushilfen sollen staffelweise, entsprechend der Dauer ihrer Beschäftigung 400, 300, 200 bezw. 100 Mk. erhalten. Letztere müssen mindestens am 1. Oktober dss. Js. ¼ Jahr in städtischen Diensten gestanden haben. Bei ledigen Kriegsaushilfen soll die Höchstsumme 350 Mk. betragen. Die laufenden Prämien sollen Kriegsaushilfen, nunmehr am Schlusse eines Vierteljahres, wenn sie in ungekündigter Stellung sind, erhalten.

Die städtischen Arbeiter erhalten als Zulage den 6fachen, 5fachen, 4fachen und 3fachen Betrag der monatlichen Teuerungszulagen, je nach der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Stadt.

Die Gesamtaufwendungen für Lehrer, Beamte, Aushilfen und Arbeiter betragen insgesamt, einschl. der Zuwendungen an die Kriegerfrauen für Kartoffeleinkellerung, rund 350 000 Mk. Davon kommen über 300 000 Mk. jetzt am 1. Oktober zur Auszahlung, eine Summe, die nach Ansicht des Oberbürgermeisters den in Frage kommenden Personen fühlbare Erleichterungen schafft. Für die Stadt ist es, wie der Oberbürgermeister weiter ausführt, keine Kleinigkeit, eine derartige Ausgabe zu machen, da die Summe, die hier ausgegeben wird, wieder eingebracht werden muß. Und das sei die ernste Seite, dieser an und für sich erfreulichen Beschlüsse.

Im übrigen bittet der Redner um Annahme der Vorlage.

Auf Anfrage des Stadtv. Hölkeskamp erwidert Bürgermeister Lampe, daß der Maximalbetrag für die Arbeiter 300 Mk. zuzüglich der Kinderzulage beträgt.

Die Abstimmung ergibt auch hier einstimmige Annahme der Vorlage.

Zeichnung für die 9. Kriegsanleihe.

Es wird vorgeschlagen, sich an der 9. Kriegsanleihe mit 50 000 Mk. zu beteiligen.

Im Gegensatz zu den früheren Anleihen, die aus den städt. Fonds entnommen wurden, soll bei dieser Anleihe auf die Sparkassenüberschüsse zurückgegriffen werden.

Veranstaltung von 6 Konzerten im Winter 1918/19.

Es wird vorgeschlagen, für 6 Konzerte, die unter Leitung des Herrn Organisten Mehrmann veranstaltet werden sollen, das Risiko auf die Stadt zu übernehmen und einen

voraussichtlichen Zuschuß von vielleicht 3000 bis 5000 Mk. zu bewilligen. Bei dieser Gelegenheit empfiehlt der Oberbürgermeister die Einsetzung eines Musikausschusses auf breiter Grundlage unter Zuziehung weiter Kreise der Bürgerschaft. Ein engerer Ausschuß, vielleicht aus den Herren Organist Mehrmann, Justizrat Hölscher, Gerichtsrat van Hengel, Lyzealdirektor Torhorst, Stadtv. Hölkeskamp und noch einem Herrn des Kollegiums bestehend, könne am besten die Vorbeiten praktischer Weise in die Wege leiten.

Kollegium bewilligt die Mittel und wählt außer den vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Herren noch den Stellv. Vorsteher Vogel in den engeren Ausschuß.

Gewährung einer Beihilfe für den Kartoffeleinkauf usw. an die Kriegerfamilien.

Auf Anregung der Lebensmittelkomission hat die Kriegsunterstützungskommission beschlossen, den Kriegerfamilien für jedes Familienmitglied eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 10 Mk. für die jetzt erforderlichen Aufwendungen durch Kartoffel- und Gemüseeinkauf zu zahlen. Insgesamt ist ein Betrag von rund 75 000 Mk. erforderlich geworden. Es wird beantragt, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Geschieht.

Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Beschaffung von Hausrat.

Es wird vorgeschlagen, eine gemeinnützige Gesellschaft zu gründen mit einem Stammkapital von etwa 75 000 Mk., von dem die Stadt 30 000 Mk. übernehmen soll. Weitere 10 000 Mk. übernimmt das organisierte Handwerk. Der Restbetrag wird von der Industrie erwartet. Die Stammeinlage der Stadt soll aus dem für den Einkauf von Altmöbeln bereits zur Verfügung gestellten Credit von 50 000 Mk. entnommen werden.

Als Anzahlung ist, wie Bürgermeister Lampe betont, in der Regel 1/3 des Kaufpreises vorgesehen. Der Rest soll nach 5 Jahren abgezahlt werden. Für besondere Fälle Todesfall, Einberufung usw., will sich die Stadt ev. durch Rückversicherung decken. Auf ein Zusammenarbeiten mit anderen Behörden, Kreisbeschädigten-Vereinigung usw. wird besonders Wert gelegt.

Die Stadt ist mit 2 Personen im Aufsichtsrat vertreten und soll auch bei der Geschäftsführung beteiligt sein.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erweiterung des Südfriedhofes.

Die Erweiterung des Südfriedhofes ist erforderlich infolge der notwendigen Verlängerung der Verwesungsfrist. In Aussicht genommen ist eine Erweiterung um ungefähr 25 Morgen. Hiervon sind der Stadt fünf Morgen 170,18 Quadratruten zum Preise von 20 Mk. für die Quadratrute angeboten. Die Annahme dieser Angebote wird empfohlen. Der Kaufpeis in Höhe von rund 21 400 Mk. zuzügl. Kosten soll auf Vorschuß vorbehaltlich Deckung aus einer späteren Anleihe bewilligt werden. Die jetzige Erweiterung wird für 25 Jahre ausreichend sein.

Die Vorlage wird angenommen.

Erneuerung des Heizkessels im Stadtgarten-Restaurant.

Der Heizkessel im Stadtgarten-Restaurant ist während der Benutzung im vorigen Winter zersprungen und muß erneuert werden. Die Kosten betragen jetzt ca. 1500 Mk. Es wird beantragt, diesen Betrag zu bewilligen. Der Pächter hat sich bereit erklärt, die Hälfte der entstandenen Kosten zu erstatten.

Angenommen.

Nachpflanzung von Straßenbäumen.

Durch die strengen Winter der beiden letzten Jahre sind fast 600 Straßenbäume eingegangen. Die Gesamtkosten der Nachpflanzung werden über 13 000 Mk. betragen. Es wird beantragt, für den laufenden Etat unter Abschreibung von der Rücklage 4500 Mk. nachzubewilligen.

Angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung

wird auf eine schriftliche Anfrage des Stadtv. G. A. Meyer betr. Aufbringung der Kosten für 25 hier einlogiert gewesene Soldaten, die zur Revision der landwirtschaftlichen Betriebe hier weilten, mitgeteilt, daß die Reichsstellen für Kartoffeln und Gemüse einen Teil der von ihnen verbrauchten Lebensmittel ersetzen werde.

Eine vorgeschlagene Beschwerde betr. schlechte Belieferung der Stadt mit Frühkartoffeln wurde als von der Zeit überholt, als erledigt betrachtet.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Aus dem Amte Sodingen.

Sodingen, 26. Sept. (Das Eiserne Kreuz). Wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde erhielt der Kanonier Jos. Dorlöchter, Sohn der Eheleute Jos. Dorlöchter, Börnig, Kanalstraße 47, das Eiserne Kreuz.

Dieselbe Auszeichnung erhielt der Jäger Wilhelm Heiermann, Sohn des Gutsbesitzers Heiermann zu Giesenberg wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde.

Sodingen, 26. Sept. In dieser Woche wird an Fleisch ausgegeben: Für Erwachsene 150 Gramm und 25 Gramm Wurst; für Kinder die Hälfte.

Eingelandt.

Zur Kartoffel- und Brotverteilung

möchte ich einen Vorschlag machen, der gewiß der Beachtung wert ist. Das ist die Berücksichtigung der großen Kinder in der Familie. Die in Frage kommenden Familien müssen, wenn man eine gerechte Verteilung vornehmen will, ganz anders mit Brot und Kartoffeln bedacht werden als solche mit nur kleinen Kindern. Was letztere garnicht verzehren, kann den größeren Kindern zugute kommen. Der im Wachstum begriffene Mensch bedarf einer anderen Ernährung als Kinder bis zu 2 Jahren und höher. Die vielleicht etwas schwierige Verteilung sollte nicht abschreckend wirken, da auf diese Weise größere Zufriedenheit in die Bevölkerung getragen wird. Die Klagen über Brot- und Kartoffelmangel werden sicherlich zum größten Teile verschwinden, falls man die erwähnte gerechte Verteilung vornimmt.

Alle neun!

Zum Kegelschieben sich besonders eignet,
Wer auch mal alle neune werfen kann.
Im Weltkrieg siegt, wer alle neun gezeichnet,
Drum zeichnet auch die neunte Mann für Mann!

Der Feinde sind gar viele noch zu schmeißen,
Und das erfordert Mut und Kraft und Geld.
Den Mut, die Kraft den Deutschen zu entreißen,
Gelang bis jetzt noch keinem in der Welt.

Und heißt es Geld — wie sich die Hände rühren!
Das hat die Welt mit Staunen ja erlebt.
Schon achtmal konnten den Beweis wir führen,
Daß uns das Geld nicht an den Fingern klebt!

Noch einmal gilt es jetzt, die Hände regen,
Die rechte Ecke fiel schon, wie ihr seht.
Die linke Ecke ist noch wegzufegen,
Und mit der linken fällt dann, was noch steht.

Und liegt die ganze Sippschaft so am Grunde,
Dann ist erreicht des harten Kampfes Ziel,
Und durch die Menschheit macht der Ruf die Runde:
„Der Michel forsch wie stets gewann das Spiel."

Theater-Verein „Lohengrin"
Herne.

Am kommenden **Sonntag, den 29. cr.** findet im grossen Saale des kath. Gesellenhauses, Neustrasse, ein

Wohltätigkeits-Fest

statt, bestehend in 2 Theaterstücken:

1. 's Lieserl
Singspiel in 1 Akt von Kneiff.

2. Unter der Jakobinermütze
Ein ergreifendes Drama aus der Zeit der französischen Revolution v. 1793 von Friedrich Schare.

Der Reinertrag ist zur Hälfte für unsere Mitglieder im Felde, die andere Hälfte für die Unterstützungskasse des hiesigen Kriegsbeschädigten-Vereins bestimmt.

Karten im Vorverkauf 1 Mk. An der Kasse 1,50 M.
Karten sind zu haben im kath. Gesellenhause, Neustrasse, bei den Wirten C. Köhlhoff, Wilhelmstrasse, Fritz Hülshoff, Bahnhofstrasse und in den Zigarrengeschäften Georg Köhler, Bahnhofstrasse, Carl Pohlmann, Neustrasse. 5259

Wir bitten nochmals die Herner Bürgerschaft im Interesse dieser Sache uns hierbei nach Kräften unterstützen zu wollen.

Kassenöffnung 4 Uhr. **Anfang 5 Uhr.**

Es ladet ein **Der Vorstand.**

„Die tolle Wette"

ist ein **grosser 5aktiger Detektiv-Roman,** der vollkommen neuartig in Inhalt und Aufmachung ist. **„Die tolle Wette"** ist ein Abenteuer des „Meisters der Maske" Harry Higgs. **„Die tolle Wette"** gelangt ab morgen in unserem Theater zur Vorführung. Im gleichen Programm das neueste Sherlock Holmes-Abenteuer u. der neueste Kriminal-Roman aus dem **Edda Lindborg-Cyklus.**

Beachten Sie unser morgiges Inserat!

Hohenzollern-Theater.
Das führende Theater am Platze.

Dortmund, Gewerbe-Verein, Großer Saal.
Nur 7 Tage! Mit hoher Genehmigung. **Nur 7 Tage!**
Art Oberammergauer Passionsspiele
Unter Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller **Adolf** und **Georg Fassnacht** aus Bayern, sowie hervorragender Passions-Darsteller.
200 Mitwirkende.
Sologesänge: Herr Direktor **Adolf Fassnacht,** Tenor.
Auf eigens dazu erbauter großer Festspielbühne. **Spieltage vom 22. bis einschl. 30. September, jeden Abend 7½ Uhr, außerdem am 22., 25., 28., 29., 30. September, nachmittags 3 Uhr.**
Preise einschl. Kartensteuer Mk. 7,70, 6,60, 5,50, 4,40, 3,30, 2,20.
Vorverkauf an der Tageskasse im Gewerbeverein ab 20. September von 10—2 Uhr, sowie eine Stunde vor Beginn der Vorstellung.
Die Festspiele wurden zuletzt in Düsseldorf, Essen mit größtem Erfolge aufgeführt. — Nach Schluß der Vorstellung Anschluß der Züge nach allen Richtungen.
Geschäftsstelle der Passionsspiele
5067 **Gewerbe-Verein Dortmund.**

Vormünder! Eltern! Pfleger!
Zeichnet Kriegsanleihe!
Ihr verschafft dadurch Euren Mündeln eine sichere, hochverzinsliche Kapitalsanlage und erfüllt zugleich Eure vaterländische Pflicht.
Anträge auf Entsperrung von Sparbüchern werden in der Filiale Schulstraße 20 von 10—12 Uhr vormittags entgegengenommen.
Herne, im September 1918.
5294 **Königliches Amtsgericht.**

Bekanntmachung
Der Verkauf von Margarine für die Woche vom 22.—28. September findet am **Sonnabend,** den 28. September in den Fettverkaufsstellen statt.
Herne, den 26. September 1918.
Der Oberbürgermeister: Dr. Sporleder.

Heimarbeit.
Die Löhne für die Strickarbeit kommen am Sonnabend, d. 28. Sept. ds. Js. in d. Heimarbeitsstelle b. Voorgang, Bahnhofstraße 37, in folgender Reihenfolge zur Auszahlung:
vormittags von 9—10 Uhr auf Ausweiskarte 1—300,
„ 10—11 „ „ „ 301 bis Schluß.
Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sämtliche Löhne für die abgelieferte Strickarbeit an diesem Tage abzuholen sind.
Herne, den 26. September 1918.
Heimarbeitsstelle des Vaterländischen Frauenvereins.

Steffens Saalbau-Theater Herne.
5273 Direktion Adolf Steffen.
Heute Freitag fällt die Vorstellung aus.
Ab Samstag
Der Zigeunerbaron
Komische Oper in 3 Akten. 5291
Wir machen unsere geschätzten Theaterbesucher darauf aufmerksam, dass unsere Vorstellung ab 1. Oktober abends pünktlich **8 Uhr beginnt.**

Palast-Theater Herne
Dir. W. Teves. Erstkl. Lichtspiele. Tel. 968.
Voranzeige!
Wir bringen ab morgen einen grossen Detektiv-Sensationsspielplan
Joe Deebs, der populäre Meisterdetektiv in seinem neuesten Abenteuer
Die Kaukasierin
4 spannende Akte. 5207
Bruno Decarli, in dem Sensationsdetektivroman
Das Geheimnis d. Ingenieurs Branting
Ein Erlebnis des Detektivs Holz.
Ausserdem ein brillantes Lustspiel u. ein spannender Wild-Westschlager.
Der grösste Detektivspielplan des Jahres.
Nur noch heute der fabelhafte Propagandafilm „Mr. Wu"

Kräftige 4761
Frauen und Mädchen
sowie jugendliche Hilfsarbeiter
werden eingestellt.
Gewerkschaft Doru,
Schrauben- und Nietenfabrik Herne.

Maschinenschlosser
Dreher, Former
Schlosser f. Eisenkonstruktionen
Nieter, Kesselschmiede
und **Stemmer** für Behälterbau
gesucht. 4651
Maschinenfabrik Baum Actiengesellschaft
Herne i. W.

Für eine Kabelverlegungsarbeit in Herne suchen wir
Hilfsarbeiter
und 5265
Arbeiterinnen.
Zu melden auf der Baustelle an der Bismarckstr. beim Schachtmeister.
Gebr. Mönninghoff,
Bochum.

Ein fast neuer 5264
Kinder-Sitz-Liegewagen
preiswert zu verkaufen.
H. Böning,
Hohenzollernstraße 14.

Fordere
Frau Joh. Benema, Auguststr. 54 hiermit auf, die Beleidigung, die sie gegen mich ausgesprochen hat, öffentlich zu widerrufen, andernfalls ich gerichtlich vorgehe.
Franz Arndt,
5268 Auguststr. 54.

Kotten Verkauf
Massiv, 8 Zimmer, Stall, Keller, elektr. Licht, Wasserl. u. stark ½ Morgen schöner Garten, Besitzung liegt bei Buer—Erle, 5 Minuten von der Straßenbahn, ½ Stunde vom Bahnhof Gelsenkirchen-Bismark, Zechen in der Nähe. Preis 11 000 Mk. Anzahlung 4—5000 Mk. Rückporto erbeten. 5222
Gustav Zuschlag,
Rüdinghausen 48 a, b. Annen.

Rechtsauskunft.
Rat u. Beistand in Zivil- u. Straf-Prozessen,
Anfertigung aller Schriftsätze hierzu, Verträge, Eingaben und Gesuche, Beitreibung von Forderungen mit nachweislich gutem Erfolg.
P. Guiatczyk,
Rechtsbüro,
Herne, Neustraße 10,
Reiche juristische und kaufmännische Erfahrungen.

Genehmigt für die Provinzen Rheinland u. Westfalen
Ziehung 9. Oktober 1918
Düsseldorfer Lotterie
3392 Wertgewinne i. Gesamtbetrage von Mark
45 000
20000
15000
5000
Hauptgew. i. günst. Falle Wert Mark
Lose 1 M. 11 Lose a. Vorrath. **Tausenden 10 M.**
Postgeb. u. Liste 35 Pf. extra, empfiehlt das General-Debit
Gust. Pfordte, Essen.
Auch zu haben in allen durch Plakate kenntl. Verkaufsstell.

Empfehle hiermit mein diesjähriges, großes, Spezial- 4597
Pelz-Lager
bestehend aus:
Echt Nerz, Alaska-Fuchs, Iltis, Opossum u. s. w.
Durch günstige Einkäufe bin ich in der Lage
Skunksgarnituren
schon von
400 Mk. an
Alaska-Fuchs schon von
80 Mk. an
Fuchs-Canin schon von
39 Mk. an
zu verkaufen.
Bitte besichtigen sie mein Lager ohne Kaufzwang
J. Simons,
Essen,
Viehofer Str. 78, 2. E.
Haltestelle aller Straßenbahnen, Viehofer-Platz. Fahrt nach Essen wird vergütet. Telefon 1224.

Emaillewaren
in großer Auswahl billig zu verkaufen.
Heinr. Heiland, 4786
Bahnhofstraße 3 a.

Gute Reisstärke
kauft jeden Posten
Bielefelder Neuwäscherei
Externeit, Goethestraße 25.
(3366) Telefon 1062.

Synagogen-Gemeinde
Herne.
Gottesdienst
(am Schlußfest.)
Freitag abend 6 Uhr
Samstag morgen 9 Uhr
Samstag abend 6¾ Uhr.
Sonntag morgen 9 Uhr.

Prima 4846
Eisenlack
bester Rostschutz
sofort trocknend, in kleinen Gebinden und Originalfässern
Kleinen, Herne,
Bismarckstraße, Tel. 530.

Zu verkaufen:
2 Ueberzieher, 2 Rockjacketts, 1 Gehrock, 1 neue Joppe mit Weste, 1 Damenjackett, 1 Damenrock, 1 Burschenjoppe mit Weste, einzelne Kinderhosen. 5226
Albert Formous,
Schneidergeschäft, Goethestr. 83.

20 000 Mk., auch in kleineren Beträgen, an sichere Leute jeden Standes geg. monatliche Ratenrückzahlung auszuleihen. 5011
Vertreter:
Frau Rentemeister,
Recklinghausen, Oerweg 47 a
Sprechz. von 10—12 u. 3—5 Uhr.

Ca. 85000 Mk.
auszul. in kl. u. größ. Beträgen an sichere Leute jeden Standes auf Ratenrückzahlung. 5279
Näheres **Gordon, Bochum,** Meinolphusstraße 14, part. Nähe Stadttheater. Sprechzeit nur Wochentags von 10—1 Uhr.

Darlehen sofort und diskret
5281 **H. Fenners,**
Essen, Schillerstr. 7, neben H.-Bhf. Tel. 1428. Geschäftsz. 9—4 Uhr.

Nähmaschinen, Fahrräder, Sprechmaschinen
werden gut und billig repariert bei
R. Neumann, Herne,
v. d. Heydtstraße 1. Tel. 1028.

Eine 7jährige, flotte, zuverlässige, 5210
braune Stute
1,45 Meter hoch, zu verkaufen.
Franz Rentemeister,
Recklinghausen, Oerweg 47 a.
Telefon 501.

Schultornister
handfeste, derbe Sattlerarbeit, bei 4783
A. Grüne,
Bahnhofstr. 9c, Tel. 817.

Schlachtziegen
zu kaufen gesucht. 4078
A. Kaufmann,
Herne, Bahnhofstraße 10.
Fernruf 219.

Mandolinen,
kaufen Sie am **besten und billigsten** beim **Fachmann**
Ludwig, Bochum,
Instrumentenmacher, Brückstr. 61, bei Kortländer

Warnung!
Wir warnen hiermit jeden, der Ehefrau, Josef Jostmeier, geb. Anna **Hochgesand,** auf unsern Namen etwas zu borgen oder sonst wie zu unterstützen, da wir für nichts aufkommen.
Ww A. Hochgesand,
Frau Josef Hochgesand

Glashandlung
Sayn & Hüls
Herne, Bahnhofstr. 117, Fernruf 843, empfehlen
Buntglas-Imitation
Ersatz für Gardinen.
Herrliche Muster. (1887)
Leichtes Anbringen.

Birkenreisigbesen
erstkl. Material und Verarbeitung, per Dtzd. 7 Mk., 10 Dtzd. 66 Mk. Bei größern Posten Spezial-Offerte. Versand nur gegen Nachnahme Bahnstation angeben. **Georg Düngenheim, Mayen,** Rhld. Westbahnhofstraße 2. 5083

Hüte
werden zum Modernisieren angenommen. 5142
Frau Julius Sons,
Wilhelmstr. 37.

Heidestreu
in Waggonladung empfiehlt
Engert, Hannover,
5251 Dieterichstr. 29.

Weißkohl
hat abzugeben 5282
Spelberg,
Eickel II, Hernerstraße 37.

Mehrere 5286
Paletots
preiswert zu verkaufen.
Franz Nickel, Schneidergeschäft
Herne i. W., Behrensstr. 10.

Dreher, Schlosser, Maschinist, Heizer
stellt sofort ein
Westdeutsche Maschinenfabrik, Lüdinghausen. 5230

Kräftige 5257
Arbeiter
und
Arbeiterinnen
werden eingestellt beim Kanalbau Goethestraße in Herne.
Tiefbauamt.

Montageschlosser
und
Montagehilfsarbeiter
gesucht. 4920
Maschinenfabrik Baum, Actiengesellschaft.

Dreher
gesucht. 5195
Maschinenfabrik Baum
Actiengesellschaft.

Tüchtiger 5151
Riemensattler
sowie
Klempner
für Reparaturarbeiten gesucht.
Maschinenfabrik Baum
Actiengesellschaft.

Lehrmädchen
aus guter Familie gesucht.
Frau Gertrud Scherer,
5227) Behrensstraße 8.

Flinkes, sauberes 5253
Mädchen
für halbe Tage gesucht.
Frau Niederdrenk, Börnig, Mont-Cenisstr. 13.

Warne
hiermit jeden, meiner Tochter Maria etwas zu borgen, da ich nichts für sie bezahle. 5287
Eduard Hein,
Sodingen, Nordstr. 56 b.

Kesselschmiede, Schmiede und Schlosser
stellt dauernd ein. 5290
Wilhelm Linnenbrügger,
Unternehmer,
Herne, Bochumerstraße 71.
Fernruf 908.

Arbeiterinnen
werden noch eingestellt. 5149
Maschinenfabrik Baum
Actiengesellschaft.

Für meine Abtlg. Klempnerei wird ein erfahrener, tüchtiger,
Klempner und Installateur
zur Vertretung des Meisters, sofort gesucht.
Paul Vogel, Gelsenkirchen.

Ehrliche, zuverlässige, alleinstehende Frau (kath.) im Alter von 48—50 Jahren als
Haushälterin
für sofort gesucht.
Gefl. Offerten unter F. 3. 5283 an die Geschäftsstelle des Herner **Anzeigers.**

Ein tücht., braves **Mädchen** von 15—16 Jahren zum 1. Oktober gesucht. Zu erfragen in der Gesch. des **Sodinger Anzeigers,** P. Stracke, Sodingen.

Fräulein
22 J., mit guter Handschrift sucht
Beschäftigung
die sie zu Hause erledigen kann. Schriftl. Off. sind zu richten unt. H. H. 5147 an die Geschst. des Herner **Anzeigers.**

Ein Ladenlokal
in bester Lage als **Brotverkaufstelle** sofort oder später zu mieten gesucht. 5198
Fr. Besselmann,
Altenhöfenerstraße 38.

Lehrerin sucht ein oder zwei
Zimmer
mit oder ohne Pension. Gfl. Offerten unter K. R. 5289 an die Geschäftsstelle des Herner **Anzeigers.**

Einfach möbliertes **Zimmer** mit 2 Betten an Bergleute oder Handwerker sofort oder später zu vermieten.
Binckestraße 29, part.

4 Zimmer-Wohnung
mit großem **Stall, Schuppen, Lagerraum** und **Garten** zum 1. Oktober zu vermieten.
Recklinghausen-Süd,
5246 Bochumerstraße 210.

Druckarbeiten
für jeden Bedarf
in sorgfältiger Ausführung.
Ingmanns & Koethers
Buch- und Kunstdruckerei
Herne. Fernruf 961.